Abonnementspreis mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage Nach der Arbeit einschl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Zeitungsliste 6682) pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaliger häufiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens früh 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 9. | Dresden, Montag den 13. Januar 1902. | 13. Jahrg.

Das Gumbinner Urteil aufgehoben.

Am Sonnabend ist vor dem Reichsmilitärgericht zu Berlin die Revision im Krosigk-Prozeß verhandelt worden. Das Ergebnis war die Aufhebung des Urteils, das bekanntlich gegen den der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk schuldig gesprochenen Unteroffizier Marten auf Todesstrafe, für den der Beihilfe angeklagten Sergeanten Hickel auf Freisprechung lautete. Die Aufhebung ergab sich in zwingender Weise aus der unvorschriftsmäßigen Besetzung des Gumbinner Oberkriegsgerichts. Ueber die Verhandlung wird berichtet:

Der kleine Saal, in dem die Revisionsverhandlung stattfand, bietet im Zuhörerraum nur für etwa 40 Personen Platz. Die erste Platzreihe ist für die Vertreter der Presse bestimmt. Unter den Zuhörern befanden sich überwiegend höhere Militärs und Juristen, auch mehrere Damen wohnten der Verhandlung bei. Pünktlich um 10 Uhr erschien der Gerichtshof, dem Generalmajor v. Kaltenborn-Stachau vorsaß. Der Verhandlungsrichter, Senatspräsident Prof. Dr. Weiffenbach, eröffnete die Verhandlung, indem er den Aufruf der Angeklagten anordnete. Von diesen erschien nur der Angeklagte Sergeant Hickel in Uniform, und nimmt neben den Vertheidigern Rechtsanwälten Dr. v. Simson (für Marten) und Dr. Bieber (für Hickel) Platz. Der Dragoner Franz Marten, gegen den die inzwischen rechtskräftig gewordene Strafe wegen Fahnenflucht gegenwärtig vollstreckt wird, war nicht zur Stelle. Der Berichterstatter, Reichs-Militärgerichtsrat Meny, gab eine eingehende Darstellung der Ergebnisse der beiden früheren Verhandlungen des Falles vor den Gerichten in Gumbinnen. Das angefochtene Urteil beschäftigt sich in eingehendster Weise mit Feststellung des Zeitpunktes, in welchem das Verbrechen begangen ist, und der zeitlichen Möglichkeit, daß Marten der Thäter sei. Aus der Gumbinner Verhandlung ist bekannt, daß dabei mit wenigen Minuten gerechnet wird. Was den Hauptbelastungszeugen Skoppek betrifft, so führt das Urteil aus, daß dieser dem Ober-Militärgericht durchaus glaubwürdig erschienen sei, obwohl er auf die Fragen mehrerer Unteroffiziere über seine Beobachtungen zur Zeit der That widersprechende Angaben gemacht hat. Das Obermilitärgericht hat dabei erwogen, daß es sich bei jenen Fragen um Suggestiv-Fragen gehandelt habe und Skoppek den Gerichten gegenüber stets bei derselben Aussage geblieben sei und diese auch beeidet habe. Außerdem lehre die Erfahrung des militärischen Lebens, daß, wenn einfache Soldaten von ihren vorgesetzten Unteroffizieren nachdrücklich nach einer bestimmten Richtung hin befragt werden, diese stets die Antwort erhalten, die sie haben wollen. Auch bei Hickel macht das Erkenntnis eine umständliche Zeitrechnung auf und kommt zu dem Schluß, daß bei ihm 10 Minuten übrig bleiben, über deren Verwendung er keinen Nachweis führen könne. In diese falle, wie bei Marten, die Minute, in welcher der tödliche Schuß fiel. Belastend für Hickel sei sein Verhalten nach der That, welches bezeugte, daß er mit dem Tode des Rittmeisters einverstanden gewesen. Das Oberkriegsgericht hat aber die Verdachtsmomente gegen Hickel nicht für ausreichend erachtet, um seine Schuld festzustellen. Das Oberkriegsgericht habe festgestellt, daß jedenfalls zwei Personen die That im bewußten und gewollten Zusammenwirken verübt haben. Skoppek könne nicht der Mitthäter des Marten gewesen sein, denn es sei nicht anzunehmen, daß Marten seinen verbrecherischen Plan einem Untergebenen anvertrauen werde, außerdem sei Marten mit Skoppek verfeindet gewesen. Bezüglich des Mitthäters stehe nur fest, daß es ein Unteroffizier gewesen, der, wie Marten, Mantel und Schirmmütze trug. — Marten habe wegen Mordes verurteilt werden müssen, denn es spreche nichts dafür, daß er im Affekt gehandelt habe, aber es deute alles darauf hin, daß er mit voller Ueberlegung bei der That vorgegangen sei.

Die Verlesung des Urteils dauerte fast zwei Stunden. Dann folgte die Darlegung der Gründe, womit der Vertheidiger Martens, Rechtsanwalt Gerhard-Insterburg, die Revision rechtfertigte. Er rügte vornehmlich, daß die militärischen Mitglieder des Gerichtshofes nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, vor dem 1. Januar 1901, sondern erst im Juni 1901 zu stellvertretenden Mitgliedern des Oberkriegsgerichts berufen worden seien. Es wird darauf erwidert, daß die Mitwirkung der Offiziere nicht nur für diesen speziellen Fall, sondern für den ganzen Rest des Geschäftsjahres bestimmt worden sei. Solche Stellvertreter seien für Allenstein, Tilsit und Gumbinnen ernannt worden, da es dem dienstlichen Interesse nicht entspreche, daß die in Königsberg ansässigen Mitglieder des Oberkriegsgerichts in den einzelnen Fällen Reisen, die oft mehrere Tage dauern würden, in dem ausgedehnten Korpsbezirk machen. Wie der Berichterstatter mitteilt, hat nach einer Auskunft des Generalkommandos eine unbedingte „Verhinderung" der ordentlichen Mitglieder des Oberkriegsgerichts in der Zeit vom 15. bis 20. August 1901 nicht vorgelegen. — Ferner rügt die Revision, daß die Oeffentlichkeit in dem Verfahren zweiter Instanz eine unzulässige Beschränkung erfahren habe, da bei Lokalbesichtigungen in der Reitbahn, in der Kaserne und in den Ställen Zivilzuhörer ohne vorherigen Gerichtsbeschluß ausgeschlossen gewesen seien. In der Erwiderung wird zugegeben, daß ein Gerichtsbeschluß in diesen Fällen nicht gefaßt worden, der Zutritt zu militärischen Gebäuden aber Zivilpersonen an sich verboten sei.

Die gegen das freisprechende Erkenntnis gegen Hickel vom Gerichtsherrn eingelegte Revision gründet sich eigentümlicherweise auch auf nicht ordnungsmäßige Zusammensetzung des Oberkriegsgerichts. Außerdem rügt die Revision, daß dem Vertreter der Anklage bei der zeugeneidlichen Vernehmung des Unteroffiziers Domning, der ganz besonders über den Aufenthalt Hickels zur kritischen Zeit vernommen wurde, beschränkt worden sei und daß ein Antrag des Vertreters der Anklage, während der Vernehmung des Zeugen Skoppek zwei bereits vernommene Zeugen, Wachtmeister Melzer und Schneider, aus dem Saale zu entfernen, abgelehnt wurde.

Die Revision Martens vertrat dann in längerer Rede Rechtsanwalt Dr. Simson. Er schickt voraus, daß die große Aufregung, die dieser Fall über die Armee hinaus überall erzeugt habe, nicht bloß durch die Thatsache zu erklären sei, daß innerhalb der Armee ein so schweres Verbrechen verübt werden konnte, sondern auch darauf beruhe, daß der in erster Instanz freigesprochene Marten in zweiter Instanz zum Tode verurteilt werden und das Ober-Kriegsgericht damit noch über den Antrag des Vertreters der Anklagebehörde hinausgegangen sei. Das Urteil des Ober-Kriegsgerichts sei öffentlich kritisiert und angegriffen worden. Es sei gewiß richtig, daß die Disziplin im Heere unter allen Umständen eine rasche und strenge Bestrafung solcher schweren Verbrechen erheische, oberster Grundsatz müsse aber doch sein, daß niemand verurteilt werden dürfe, dessen Schuld nicht klar erwiesen, über dessen Thäterschaft der geringste Zweifel bestehe. Im übrigen führte der Vertheidiger die Gründe der schriftlichen Revision näher aus.

Der Obermilitäranwalt Freiherr v. Pechmann kam zu demselben Schlusse, wie der Vertheidiger Martens. Das Urteil müsse wegen der nicht vorschriftsmäßigen Besetzung des Gerichts aufgehoben werden. Die Besetzung war aber seiner Ansicht nach aus anderen Gründen fehlerhaft, als die Revision behauptet. Es liege hier die Thatsache vor, daß im Bezirke des ersten Armeekorps zwei Obergerichte etabliert worden seien. Das sei nicht zulässig. Nach dem Gesetz soll im Bezirk eines Generalkommandos je ein Oberkriegsgericht gebildet werden. Das im Gesetz zum Ausdruck gekommene Prinzip der Ständigkeit bestehe darin, daß die Richter des Oberkriegsgerichts nicht ad hoc, sondern für eine gewisse Dauer und in einer vorher bestimmten Reihenfolge berufen werden müssen. Würde man nun dem kommandierenden General gestatten, innerhalb seines Armeekorps beliebig viel Oberkriegsgerichte zu berufen, so wäre das Prinzip der Stetigkeit durchbrochen.

Die Rüge wegen des Ausschlusses der Oeffentlichkeit bei Ortsbesichtigungen findet er durchaus begründet. Dagegen hält er andere Revisionsgründe des Vertheidigers Martens für unhaltbar. Ebenso findet er begründet in der Revision des Gerichtsherrn die Beschwerde über die Weigerung des Gerichtshofes, während der Vernehmung Skoppeks auch die schon vernommenen beiden Zeugen Wachtmeister Melzer und Schneider aus dem Saale zu entfernen.

Der Vertheidiger Hickels, R.-A. Dr. Bieber, hält dagegen dafür, daß die Revision des Gerichtsherrn gegen den Freispruch Hickels unzulässig und zu verwerfen sei. Dabei macht er folgende ganz interessante Angaben.

Nach den Akten sei nur eine vom 27. August, also fristgerecht abgegebene Erklärung des Beurkunders, Oberkriegsgerichtsrates Meyer, des Inhalts vorhanden, daß der kommandierende General ihm erklärt habe, er habe die Revision angemeldet. Die Rechtfertigung der Revision datiere aber erst vom 10. September. Das sei natürlich sofort aufgefallen und es sei ein Bericht eingefordert worden. Darauf habe der Referent unterm 12. November beurkundet, daß die Rechtfertigung aus Irrtum verspätet datiert sei, in Wirklichkeit habe schon gleichzeitig bei der Einlegung des Rechtsmittels ein Konzept mit den Gründen vorgelegen. Dies Konzept habe sich in den Akten nicht vorgefunden. Der Vertheidiger ist der Ansicht, daß sich der Beurkunder in dieser Beziehung irren müsse, denn er führe in jenem Bericht aus, daß er infolge der von der Vertheidigung in der Revision geltend gemachten Gründe auch seinerseits zu der Ansicht gekommen sei, daß eine nicht ordnungsmäßige Zusammensetzung des Gerichts vorliege. Dies beweise nach Ansicht der Vertheidigung, daß der Beurkunder die Begründung nicht schon innerhalb der Frist geliefert habe, denn er habe erst später diesen von der Vertheidigung geltend gemachten Grund kennen lernen können.

Das Urteil lautet auf Aufhebung des Berufungsurteils sowohl auf Grund der Revision des Gerichtsherrn bezüglich Hickels als auch auf Grund der Revision des Angeklagten Marten.

Der Senat hält die Ernennung der militärischen Richter nach dem 1. Januar nur für eine Ordnungswidrigkeit, nicht aber für eine Gesetzwidrigkeit. Er habe nun aber den weiter gehenden Einwand der Vertheidigung prüfen müssen, welche behauptet, daß hier für den speziellen Fall ständige Richter berufen und beeidigt worden seien. Da die in Königsberg befohlenen Richter nicht behindert waren, war die Berufung der Richter in Gumbinnen unzulässig, da sie dem Prinzip der Stetigkeit widerspreche. Auch die Rüge, betreffend die unzulässige Beschränkung der Oeffentlichkeit bei den Augenscheinnahmen hat der Senat für durchgreifend erachtet. Die übrigen Beschwerden der Revision des Marten hat der Senat dagegen nicht als begründet anerkannt. — Was die Revision des Gerichtsherrn betrifft, so hält der Senat ihre Zulässigkeit für gegeben. Es konnten aus den vom Vertheidiger vorgebrachten Thatsachen Zweifel an der Korrektheit des Verfahrens nicht hergeleitet werden. Den letzten Beschwerdepunkt, die Ablehnung des Antrages auf Entfernung zweier Zeugen während der Vernehmung des Skoppek hat der Senat für durchschlagend erachtet. Das Urteil werde deshalb in die Berufungsinstanz zurückverwiesen.

So ist nun die Möglichkeit gegeben, einen Mann, von dem die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes annimmt, daß ihm der Mord an dem Rittmeister v. Krosigk nicht nachgewiesen ist, vom Tode zu retten. Der Justizirrtum von Gumbinnen kann wieder gut gemacht werden, soweit das überhaupt möglich ist. Hoffentlich geschieht es. Die Hartnäckigkeit freilich, mit der der Gerichtsherr den Sergeanten Hickel verfolgt, und die.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

(3. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

III.

Der Amtmann saß am obersten Ende des Tisches, rechts von ihm der Bezirksrichter, links der Vogt. Dann kamen ihrem Alter nach die Anwälte, dann die Bevollmächtigten nach dem Rang ihrer Prinzipale, dann nach gleichen Gesichtspunkten geordnet die Schreiber und schließlich einige Bauern — der Gemeindevorstand und einige andere Eingeladene. Der Lehnsmann saß am untersten Ende des Tisches.

„Man merkt es, daß der Lehnsmann eine Köchin aus der Stadt hat", bemerkte der alte Rechtsanwalt Kahrs schmatzend. „Es ist nicht mehr wie in alten Tagen, wo wir uns den Leib mit Pflaumensuppe vollschwemmen mußten."

Das wurde halblaut zum Vogt gesagt; denn man war noch beim ersten Gericht, dem Fischpudding, und noch führte der Amtmann fast ausschließlich die Unterhaltung.

Der Rotwein war sehr sauer, aber nichtsdestoweniger stark. Dazu gab es Schnaps und Bier, und die Stimmung stieg daher sehr schnell. Indessen verstand es der Amtmann, einen Dämpfer aufzulegen, und daher ging es zu Beginn des Mittagessens sehr formell zu.

Man flüsterte seinem Nebenmann etwas zu und sprach im übrigen nur, wenn der Amtmann an einen eine Frage gerichtet hatte. Dieser bemühte sich nach seiner Gewohnheit, an jeden einige Worte zu richten; insbesondere war er gegen die anwesenden Bauern ausgesucht höflich. Er gab sich redlich Mühe, sich herablassend und populär zu geben.

Beim Braten pflegte er das Hoch auf den König auszubringen, und dann hielt er gewöhnlich ein paar kurze Ansprachen, wie es sich gerade machte. Heute wandte er sich an den Bevollmächtigten des Bezirksrichters, den Kandidaten Alfred Bennechen, der binnen kurzem fortgehen sollte.

„Wenn Sie jetzt, Herr Kandidat," also sprach der Herr Amtmann, „diesen Wirkungskreis verlassen, dem Sie die Arbeit einiger Ihrer besten Mannesjahre gewidmet haben, um in einen verantwortungsvolleren, vielleicht auch beschwerlicheren, sicher aber aussichtsreicheren Wirkungskreis einzutreten, so wollen wir Ihnen Lebewohl und herzlichen Dank für die Zeit sagen, die Sie mit uns gearbeitet haben. Wenn Sie uns aber auch verlassen, so bleiben wir doch in unserem Arbeiten in Verbindung. Ich begehe wohl keine Indiskretion, wenn ich den Versammelten mitteile, daß es Ihre Absicht ist, in eines der Ministerien einzutreten — vermutlich in das Ihres Vaters?"

Alfred Bennechen verneigte sich verbindlichst.

„Also ich sage," fuhr der Amtmann fort, „wir bleiben in Verbindung. Besteht nicht ein großes Zusammenarbeiten über das ganze Land? Ist nicht die Beamtenschaft ein Ring, der unser ganzes Volk wie ein Stärke verleihender Gürtel umschlingt? Indem Sie also in dieser Kette gleichsam Ihren Platz verändern, bitten wir Sie, Ihrem Herrn Vater unseren ehrerbietigen Gruß zu überbringen und ihn zu bitten, Seine Majestät dessen zu versichern, daß wir arbeiten — daran liegt es — meine Herren — daß wir als Seiner Majestät getreue Diener im Volke arbeiten. Und Ihnen, Herr Kandidat, wollen wir wünschen, daß Sie, indem Sie das erlauchte Beispiel Ihres Herrn Vaters im Auge behalten, auf Ihrer Bahn gleich weit vorschreiten und wie er ein Stolz und eine Zierde Ihres Landes werden mögen. Herr Kandidat Bennechen — der Herr sei mit Ihnen."

„Ueber der Rede hat er lange geschwitzt, das können Sie mir glauben," flüsterte Rechtsanwalt Kahrs seinem Nachbar zu; die Reden des Amtmannes waren nämlich in der Regel so la-la.

Nunmehr bedachte auch der Bezirksrichter seinen Bevollmächtigten mit einer Ansprache, die halb humoristisch ausfiel. Dann antwortete Alfred Bennechen. Es gab also heute viele Reden.

Als man aber gerade in feierlichster Stimmung war, da blieb dem Schreiber des Vogtes ein Stück Braten im Halse stecken. Der arme Mann war dem Erstickungstode nahe, und es sah ganz bedenklich aus. Da schlug ihn aber sein Nebenmann so derb auf den Rücken, daß sich das Stück Fleisch allmählich löste und auf den Tisch sprang.

Der Amtmann verbarg sein Gesicht hinter der Serviette; der Vogt entschuldigte seinen Schreiber vielmals; der Rechtsanwalt Kahrs aber betrachtete das Stück Fleisch aufmerksam und wollte einen Eid darauf schwören, daß es ein Viertelpfund wiege.

Dieses Ereignis verdarb dem Amtmann die Stimmung ganz und gar. Die jüngeren Anwälte fingen an zu lachen und laut über den Tisch weg zu reden. Es entstand eine sehr respektwidrige Lebhaftigkeit. Und den Amtmann hatte der unangenehme Zwischenfall so aufgeregt, daß er auffuhr und an seiner Brille rückte, sobald nur jemand hustete, und eindringlich, aber mit schonenden Worten den Schreiber des Vogtes bat, sich nur ja Zeit zu nehmen und den Braten in recht kleine Stücke zu schneiden.

„Liegt heute nachmittag viel vor, Herr Bezirksrichter?" fragte der Amtmann, als er einsah, daß er die Unterhaltung nicht länger zu beherrschen vermochte.

„Das weiß ich wirklich selber nicht," antwortete der Bezirksrichter vergnügt und stellte sein Glas auf den Tisch. „Steht viel auf der Tagesordnung, Bennechen?"

„O ja, gar nicht wenig, unter anderem eine sehr interessante Sache" — der Bevollmächtigte dämpfte die Stimme und bog sich nach dem Bezirksrichter hinüber.

„Was ist es denn?" fragte der Amtmann.

„Ein Konkubinatsfall, Herr Amtmann — weiter nichts," antwortete der Bezirksrichter, und seine kleinen, hellgrauen Augen blinzelten; er war ein kleines, rundes Männchen mit roten Backen und Perücke.

„Wollen der Herr Bezirksrichter nicht heute die Verhandlung selber führen?" fragte der Bevollmächtigte. „Dann geht es schneller — und außerdem versteht es niemand besser als Sie, dergleichen Sachen zu erledigen."

„Ach ja — thu das — dann wird's lustig," rief der Vogt unvorsichtig.

Der Amtmann räusperte sich laut, strich seinen langen grauen Backenbart und setzte die goldene Brille zurecht. Es ging nicht an, so etwas zu sagen, sobald Bauern zugegen waren. Der Amtmann trank dem Gemeindevorsteher zu.

Während sich weiter unten am Tisch eine lebhafte Diskussion zwischen einigen Anwälten entspann, wurde am oberen Ende der Tafel die Unterhaltung in gedämpftem Tone fortgesetzt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020113/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die es zuwege gebracht haben, daß Hickel nun noch einmal auf der Anklagebank neben Marten um seine Freiheit kämpfen muß, diese Beharrlichkeit giebt zu denken, und zeigt, daß die Militärbehörden alles daran setzen werden, um das schwere Verbrechen gegen das Leben und gegen die Disziplin in ihrem Sinne zu sühnen.

Wie indessen das neue Urteil im neuen Verfahren nun auch ausfallen wird — es wird, selbst wenn es mit der Freisprechung beider Angeklagter endet, niemals den bösen Eindruck wieder ganz verwischen können, den das bisherige Verfahren hervorgerufen hat. Die Maßnahmen, die gegen das Gesetz nach dem Freispruch der ersten Instanz sich häuften, die widerrechtliche Verlängerung der Untersuchungshaft wider den freigesprochenen Hickel, die derben Kritiken aus dem Munde hoher Offiziere am Freispruch der ersten Instanz, all das wird der Militärjustiz nicht so leicht vergessen werden. Bis heute ist für diese Dinge noch keine Sühne gegeben — der Herr General v. Alten wurde nicht als Gerichtsherr, sondern als Soldat wegen ungenügender Manöverleistungen gegangen. Und der Umstand, daß eine Ungesetzlichkeit in der Zusammensetzung des Gerichtes die Aufhebung des Urteils ermöglichte, ist, so befreiend die Aufhebung auch allgemein empfunden wird, gerade nicht dazu angethan, das Vertrauen in die Militärjustiz zu heben. Der Krosigkprozeß bleibt ein Denkmal für die Notwendigkeit der Beseitigung der Militärjustiz, für den Satz, daß der Offizier nicht Richter sein kann und darf.

Politische Uebersicht.

Im Reichstage

erreichte die Etatsdebatte am Sonnabend ihren Höhepunkt. Wieder war es eine wuchtige Anklagerede Bebels, die den Mittelpunkt der Verhandlungen abgab und zwei Minister, darunter den Reichskanzler, und den Vertreter des bayrischen Kriegsministeriums zur Erwiderung zwang. Vorangegangen war eine ziemlich belanglose Debatte über den Fall Spahn. Der Nationalliberale Dr. Sattler hatte, nachdem er sich an den Polen gerieben, den Vorstoß gegen die Ernennung eines katholischen Geschichtsprofessors gegen den Willen der Straßburger Fakultät unternommen. Aber der Antrag war matt und trug kulturkämpferisches Gepräge. An eine Prüfung der Frage, wie es denn mit der vielberufenen Freiheit der Wissenschaft stehe, ging Herr Sattler gar nicht heran. Da haben die Nationalliberalen auch ein gar zu schlechtes Gewissen. Die Antwort, die der gegenwärtige Staatssekretär für Elsaß-Lothringen gab, unser berühmter Herr von Köller, bestätigte wiederum, daß ein „Bursch wie er", sich aus solchen Kleinigkeiten nichts macht. Die Straßburger Fakultät hat nach der Stiftungsurkunde der Universität „nix zu sagen". Der Kaiser beruft die Professoren. Und Spahn ist angeseilt worden, bei Leibe nicht, weil er der Sohn eines sehr einflußreichen Zentrumsführers, auch nicht, weil er ein tüchtiger Gelehrter, sondern nur, weil er Katholik ist und das „Bedürfnis nach katholischen Professoren" besteht. Das Zentrum, für welches Herr Bachem sprach, war mit Herrn von Köllers Antwort höchlich zufrieden. Auch Bebel berührte in der Einleitung zu seiner länger als zwei Stunden währenden Rede, die das Haus und die Minister fortwährend in Spannung erhielt, den Fall Spahn, um aus ihm im Hinblick auf die Fälle der Genossen Dr. Arons und Dr. Conr. Schmidt zu beweisen, wie die Wissenschaft zur Magd der Macht erniedrigt wird. Dann ging er zu einer Kritik des Etats über. Er forderte die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus und staatliche Eingriffe in die Preispolitik der Syndikate, die auf Kosten der einheimischen Konsumenten dem Auslande billige Preise machen. Auf dem Gebiete der Sozialreform verlangte er das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, die Beseitigung der Mißstände der Heimarbeit und eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter in Arbeiterkammern. Nach einem Blick auf die Finanzlage, wobei er die Schuld an der deutschen Schuldenwirtschaft weniger der Regierung als dem bewilligungseifrigen Zentrum und den Nationalliberalen beimaß, wandte sich unser Redner einer Betrachtung der auswärtigen Politik, besonders des Chinafeldzuges, zu. Hier brachte er besonders die Plünderungen zur Sprache, um dann nochmals auf die Hunnenbriefe einzugehen. Von äußerster Wirksamkeit waren die Bemerkungen unseres Redners über den Fall Feilitzsch. Hier schwitzten der preußische Kriegsminister und der bayrische Militärbevollmächtigte geradezu Blut, und Herr v. Bülow saß mit rotem Kopfe da. Die Rede schloß mit der Ankündigung, daß unsere Fraktion im Kampfe gegen den Zolltarif zur Obstruktion mit legalen Mitteln auf dem Boden der Geschäftsordnung und der Verfassung entschlossen sei, und daß sie den Etat wie immer aus prinzipiellen Gründen ablehne. Nach Bebel ergriff sofort der Reichskanzler das Wort, um seine, wie er meint, vernünftige Welt- und Ostasienpolitik zu verteidigen. Er war im Tone von auffälliger Höflichkeit gegen Bebel, den er einen hervorragenden Politiker nannte. Nur am Schluß kitzelte er auf der nationalen Seite und warf Bebel vor, durch seine Bemerkungen über die Haltung unserer Truppen im deutsch-französischen Kriege das nationale Empfinden verletzt zu haben. — Herr von Podbielski hielt wieder eine längere Rede über die Hunnenbriefe, wobei er Bebel den herzlich schlechten Rat gab, den Spitzel Normann-Schumann in der Schweiz wegen Beleidigung zu verklagen. Sein Versuch, den Fall Feilitzsch zu rechtfertigen, mißlang völlig. Wie unangenehm den Herren die Sache ist, zeigte das Verlegenheitsstammeln des bayrischen Generals v. Endres. — Am Montag geht die Debatte weiter.

Die Affaire Wolf.

Wien, am 12. Januar.

-th- Die Landtage sind versammelt und es wird von Vorverhandlungen zu den geplanten deutsch-nationalen Versöhnungskonferenzen gesprochen, aber nicht darüber interessiert man sich jetzt in Oesterreich, nicht davon redet man, sondern den Mittelpunkt alles Interesses und alles Redens bildet der Fall Wolf. „Der lauteste Schreier ist nun der stillste Mann geworden", so lautete das geflügelte Wort, als die Wolfsche Liebesgeschichte an die Oeffentlichkeit kam. Wie sehr hat man sich getäuscht! Der Laute ist noch lauter geworden. Von seinem feierlich verkündeten Entschlusse, sich fortan vom parlamentarischen Leben fernzuhalten und sich „seinem Blume zu widmen", kam er sehr bald zurück. Seine politischen Freunde und seine Wähler machten es ihm angeblich zur Pflicht, die „große Sache" nicht im Stiche zu lassen. Und bald war er schon wieder als Kandidat für das Landtags- und Reichsratsmandat von Trautenau angemeldet. Aber dann hieß es, er würde sich bewerben ohne zu agitiren, er werde gewissermaßen ein Volksgericht über sich ergehen lassen. Doch auch das ist jetzt unwahr geworden. Wolf hält bereits seit vorgestern heftig Kandidatenreden in seinem Wahlkreise. Und zu alledem kommt noch ein Wahlkampf von ganz besonderer Art.

Der Gegenkandidat Wolfs ist ein liberaler Namens Bachmann. Allein nicht gegen ihn und dessen Anhänger hat Wolf den Hauptkampf zu führen, sondern gegen seine eigenen Parteifreunde von früher und gegen Dr. Seidl, den Ehemann der von ihm „einst Verlassenen". Vor drei Tagen erschien in dem liberalen Gablonzer Blatte der Abdruck eines „Memorandums", von Seidl und dessen Frau unterschrieben, wohl desselben Schreibens, auf das hin die alldeutsche Fraktion das Schiedsgericht über den einstmaligen zweiten Führer anrufen hatte. In dieser sonderbaren aller Denkschriften wird nicht nur die bekannte Verführungsgeschichte erzählt, sondern Wolf überdies beschuldigt, er habe der Verführten, als sie Angst vor den Folgen des Fehltritts zeigte, gewisse „beruhigende" Ratschläge gegeben, auch habe er sich bemüht, sie ihrem Verlobten anzuhängen, der übrigens damals — vor vier Jahren — ein anderer war als Dr. Seidl. Diese Veröffentlichung rief überall die größte Verblüffung hervor. Denn daß ein Ehemann, der unangenehme Geschichten aus dem Vorleben seiner Frau erfährt, sich von ihr scheiden läßt und dann vielleicht Lärm schlägt gegen den Zerstörer seines Glücks, kommt vor. Es kommt auch vor, daß er sich versöhnt und den Mantel der Liebe über die Sache breitet. Aber ein Mann, der mit seiner Frau in ehelicher Gemeinschaft verbleibt und sie dennoch zugleich zwingt, die moralischen Entgleisungen ihrer Mädchenjahre mit sämtlichen Einzelheiten aller Welt zu erzählen, ja geradezu patterisch zu verkünden, ist zu mindest ein wunderlicher Heiliger. Sinnlose Rachsucht läßt Seidl offenbar gegen die Ehre seines eigenen Hauses wüten, wobei er zugleich das Werkzeug in den Händen Schönerers bildet, der seinen Nebenbuhler vernichten will.

Indes die Welt sollte bald noch sonderbarere Dinge erleben. Gegen das veröffentlichte Memorandum wendete sich zunächst Wolf selbst in einer Erklärung in der Alldeutschen Rundschau. Er sagt da: Bisher habe er im Gefühl seiner Schuld und aus Rücksicht auf die Frau geschwiegen, aber das an Erpressung grenzende Betragen Dr. Seidls zwinge ihn zur Antwort. Mit zehn Worten konnte er sich rechtfertigen und der Sache eine andere Beleuchtung geben, allein er wolle der Welt keinen neuen Sensationsstoff bieten, und sich mit der Versicherung begnügen, daß alles, was das Memorandum zur Ausschmückung des Falles beibringe, erlogen sei. So schwungvoll und diskret konnte Wolf um so leichter auftreten, als unterdessen ein anderer für ihn desto öffenherziger gesprochen hatte, und zwar — die Mutter der Frau Seidl, die Frau des Notars und Abgeordneten Dr. Tschan. In einem für die Oeffentlichkeit bestimmten und in der Trautenauer Zeitung veröffentlichten Briefe tritt Frau Tschan rückhaltlos, ja mit Feuereifer für Wolf ein. Sie erzählt, an dem Fehltritt trügen beide in gleicher Weise Schuld. Wolf habe sich mit ihrer Tochter nur einmal vergangen, als diese auf einer Reise in München weilte. So konnte er also kein Gastrecht verletzt haben, was auch alle übrigen Behauptungen Seidls seien Verleumdungen, da der Fehltritt keine Folgen gehabt habe. Es sei traurig genug, wenn ein Mädchen eine Leidenschaft für einen verheirateten Mann fasse, es sei vielleicht erklärlich, wenn es ein Mann wie Wolf sei, entschuldigen könne sie es nie. Erst zwei Jahre später sei ihre Tochter mit Dr. Seidl die Ehe eingegangen. Gleich am Hochzeitstage habe sich ihr jetziger Schwiegersohn so brutal benommen, daß sie die Tochter mit aufgehobenen Händen gebeten habe, jetzt noch von der Ehe zurückzutreten, was diese — wohl um einen Eklat zu vermeiden — leider nicht befolgt habe. Seidl habe sofort das ganze Erbgut gefordert, doch hätte man es ihm nicht übergeben, um die Tochter ihm nicht völlig auszuliefern. Nun übe er auf seine Frau einen despotischen Druck aus, habe ihr durch unnatürliche Quälereien das Geheimnis abgenötigt, halte sie wie eine Gefangene, gestatte keinen Verkehr mit den Eltern; selbst die Briefe an die Mutter diktiere er seiner Frau. Zugleich habe er sie gezwungen, das Memorandum zu unterschreiben und sich so zum Werkzeug der Rache gegen Wolf herzugeben. Gegen sie (die Frau Tschan) und ihren Mann hätten Seidl und die mit ihm verbündeten Anhänger Schönerers deshalb eine Hetze veranstaltet, deshalb Dr. Tschan aus der Partei herausgedrängt, weil sie Wolf verziehen, und sich geweigert hätten, ihn zum Selbstmord zu zwingen.

Wohl einer der seltsamsten Briefe, die je geschrieben worden sind. Welche inneren Kämpfe, so urteilte man noch gestern, mußte es Frau Tschan gekostet haben, ehe sie so gegen den Mann ihrer Tochter auftrat. Und man vermochte sich's bloß damit zu erklären, daß Seidl und Schönerer mit Wolf auch ihren Mann um die politische Existenz zu bringen bestrebt sind. Unauslöschlicher Haß gegen unauslöschlichen Haß, eine Tragödie, wie sie die Bühne nie, nur das Leben zu bieten wagt. Allein gestern erschien in dem Trautenauer Blatt ein zweiter Brief der Frau Tschan, und damit bekommt die Sache denn doch eine noch seltsamere Wendung. Der Haß gegen den Schwiegersohn und Feind ihres Mannes macht Frau Tschan zu einer förmlichen Wahlagitatorin für Wolf. Sie verteidigt ihn von neuem und geht noch tiefer in die Einzelheiten des Falles ein. Zugleich mit diesem Briefe veröffentlicht die Trautenauer Zeitung, das dortige alldeutsche Blatt, einen Artikel: „Die Wahrheit über Wolf." Darin heißt es unter anderem, die Frau Wolf habe ihrem Manne „den aus Männerschwäche mit einem hübschen Mädchen begangenen Fehltritt verziehen." Dann wird von dem Führer der Liberalen, dem bekannten Abg. Funke, erzählt, er habe als Gymnasiast noch bei Lebzeiten seiner Frau, als diese schwer krank darniederlag, seine im Hause lebende Nichte verführt und der Frau am Totenbette schwören müssen, nach ihrem Tode die Verführte zu heiraten; was denn auch geschehen ist. Diese Enthüllung wurde von den Wolfianern als Antwort darauf veröffentlicht, daß die Wahlmacher des Liberalen Bachmann das Memorandum Seidls als Flugblatt verbreiten.

Vorgestern erschien nun Herr Wolf selbst in seinem Wahlkreise, sprach in Braunau, und gestern abend hielt er in Hohenelbe eine Versammlung ab, unter großem Zulauf feierlich empfangen vom Bürgermeister und Stadtrat. Hohenelbe ist seine Stammburg, aber in Trautenau, dem Hauptwahlorte, scheinen die Liberalen ihm über zu sein. Die Rede, die Wolf in Hohenelbe hielt, wird telegraphisch durch ganz Oesterreich verbreitet. Mit unleugbarem Geschick stellte sich Wolf seinen Wählern vor als den Mann, der heute einen im Rausch der Sinne begangenen Fehltritt bekennt, der aber sonst nie gegen die Satzungen der Ehre verstoßen habe. Von Seidl erzählt er, er sei wahnsinnig vor Eifersucht, und rachgierig, weil er das Geld seiner Frau nicht erhalten habe. Den einstigen Fraktionsgenossen wirft er vor, sie hätten ihn zum Selbstmord gedrängt und auf das Memorandum hin verurteilt, ohne ihm auch nur die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen, ein Recht, das selbst dem Mörder zustehe. Er habe Seidl ritterlich Genugthuung geboten. Bei dem Duell, obwohl guter Schütze, habe er über den Kopf des Gegners hinweggeschossen und dann bei er fünf Schritte ihm entgegengetreten, und habe ihm zehn Minuten Zeit zum Zielen gegeben. Die Kugel sei an seinem Ohre vorübergezischt. Zum Schluß versicherte er den Wählern, „seine Frau habe ihm als treue deutsche Kameradin verziehen", und nun möchten sie entscheiden, ihre Entscheidung gelte jedoch nicht bloß dem Mandate, sondern auch dem Leben.

Ward je in solcher Laune kandidiert? Und doch hat diese Trautenauer Wahl, die am 15. Januar stattfinden wird, für Oesterreich große politische Bedeutung. Fällt Wolf durch, so ist auf längere Zeit der gefährlichste Gegner der Gemäßigten (der Liberalen und Deutschvölkischen) unschädlich gemacht, dringt er indes durch, dann muß es zwischen Wolf und Schönerer, also innerhalb der alldeutschen Partei, erst recht zum Kampfe kommen. Haben doch über tausend Vertrauensmänner sich vorgestern für Wolf ausgesprochen und in dem Trautenauer alldeutschen Blatte wird Schönerer bereits offen angegriffen und verspottet.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. Januar. Die Kölnische Zeitung erfährt, daß die Regierung über folgende Angebote von Kohlenzechen in Unterhandlungen treten will. 1. betreffend die Zeche Waltrop, 2. betreffend die sogenannten Bohwinkelschen Berggerechtsame und endlich 3. betreffend die im Kreise Recklinghausen gelegene mit zwei nahezu fertiggestellten Doppelschachtanlagen versehene Zeche „Vereinigte Gladbeck" nebst einer Reihe daran anstoßender Felder. Durch die Ankäufe, heißt es in dem Artikel weiter, die insgesamt etwa 50 Millionen Mark kosten würden, würde der Staat 96 Maximalfelder in besser Lage erwerben.

— Die Nordd. Allg. Ztg. berichtet: Aus Breslau wird von verschiedenen Blättern gemeldet, in der dortigen Versammlung des Bundes der Landwirte habe Freiherr v. Loën auf Niederbiesnitz erzählt, er würde vom Kaiser nach Amerika entsandt, um die dortige Landwirtschaft und ihre Nebenzweige zu studieren. Es ist unerfindlich, wie diese Erzählung in Umlauf gesetzt werden konnte. Freiherr v. Loën hat für sich und seine Gemahlin durch den Kaiser ein Rundreisebillet zur Fahrt nach Westindien und Mexiko an Bord der Yacht Luise erhalten. Irgend ein Auftrag vom Kaiser ist dem Freiherrn so wenig zu teil geworden, wie anderen, mit gleicher Auszeichnung bedachten Privatpersonen. — Der Herr hat also nur ein Freibillet, keinen Auftrag vom Kaiser bekommen. Stellen die großen Dampferlinien diese Freibillets dem Kaiser gratis zur Verfügung?

— Der Nat.-Ztg. zufolge ist die Mitteilung hiesiger und auswärtiger Blätter, daß im Prozeß gegen den Rechtsanwalt Horn und die Nat.-Ztg. das Landgericht die Einstellung des Verfahrens beschlossen habe, unrichtig. Vielmehr ist am 8. Januar die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen worden.

— Wie Preußen, so soll, der Nationalliberalen Korrespondenz zufolge, namentlich auch Bayern nicht geneigt sein, dem vom Reichstag gefaßten Beschluß wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes beizutreten.

— Die Kaiserjacht Hohenzollern hat Befehl erhalten, sich für zehn Wochen Fahrt auszurüsten. Sie soll zur Taufe der in Amerika gebauten neuen kaiserlichen Jacht fahren. Die Taufe soll durch die Tochter des Präsidenten der Union, Miß Alice Roosevelt, erfolgen. Die bürgerlichen Blätter sehen in dieser Patenschaft eine sehr erfreuliche Verstärkung der freundlichen Beziehungen Deutschlands zu Nordamerika. Die junge Dame ist auf einmal eine wichtige Persönlichkeit. An Glanz wird es der Taufhandlung allerdings, wie die Vorbereitungen zeigen, nicht fehlen. Auch der Prinz Heinrich und das Musikkorps der 1. Marinedivision werden zu dem Feste nach Amerika geschickt werden. Miß Alice wird entzückt sein.

Der Agent des Auslandes, von dem der Zentrumsabgeordnete Pingen sprach, sitzt im Handelsministerium und heißt Wendelstadt. Er ist Ministerialdirektor und Sprößling eines reichen Bankiers aus Köln, dessen Witwe noch in Godesberg am Rhein lebt. Mit seinen Brüdern hat er einen Grundbesitz von zweiundzwanzig Quadratmeilen in Argentinien, der aber erst wenig Getreide liefern soll. — Herr Pingen hat der Bonner Reichszeitung geschrieben, daß er „Namen selbstverständlich

---

„Sind die Betreffenden junge Leute?" fragte der Bezirksrichter.

„Nein — nur ein öltlicher Witwer und sein Dienstmädchen; aber die Tochter — sehen Sie —"

„Ah — Sie meinen als Zeugin —"

„Was das Dienstmädchen anlangt," bemerkte Rechtsanwalt Tofte, „so ist sie, wie ich höre, vor einem Monat etwa mit ihrem Kinde nach Amerika ausgewandert."

„Jedenfalls wird die Zeugenvernehmung das interessanteste an der Sache," sagte nun Rechtsanwaltsmanns lachend; „ich kenne Christine Patnemo; sie ist eines der schönsten Mädchen im ganzen Distrikt."

„Wenn es wirklich schneller geht, falls der Herr Bezirksrichter die Verhandlung selber leitet" — fing jetzt der Amtmann an und that, als ob er das Letzte gar nicht gehört hätte.

„Es wird mir ein Vergnügen sein, die Verhandlung zu leiten, wenn der Herr Amtmann befehlen," rief der Bezirksrichter.

„Nein — nein — nein! Mißverstehn Sie mich nicht! Ich meinte nur, bei dem schlechten Wetter wäre es gut, wenn wir frühzeitig wieder nach der Stadt fahren könnten."

Der Bezirksrichter blinzelte mit seinen kleinen Augen, und es wurde ausgemacht, daß er am Nachmittag die Verhandlung selber leiten sollte. Darauf trank der Herr Amtmann mit dem Herrn Bezirksrichter ein Glas noch ganz besonders.

Als bei der Mehlspeise sogar Sherry serviert wurde, kam auf die meisten Gesichter sozusagen ein sanftes Abendrot. Rechtsanwalt Stahrs meinte, der Schreiber des Vogtes sei ein tollkühner Bursche, daß er nach jenem ernsten Memento mori des verschluckten Stück-Fleisch noch drei Teller Mehlspeise zu genehmigen wage. Man lachte laut, unterhielt sich und trank bis zum letzten Augenblick; nur die Bauern aßen still und nippten mißtrauisch vom Weine.

Mitten im größten Lärm aber klopfte der Amtmann an sein Glas und hob die Tafel auf.

Daß die Tafel beendet war, konnte das Volk draußen an den vielen roten Gesichtern merken, die an Fenstern und Thüren sichtbar wurden — hinausgehen konnte man ja bei dem schlechten Wetter nicht.

Nach dem Kaffee wurde die Stube wieder zum Gerichtssaal hergerichtet, und der Bezirksrichter sprach mit großer Feierlichkeit Recht.

Auf dem Richterstuhl nahm sich der Bezirksrichter ausgezeichnet aus. Der wohlgestutzte Kopf mit der weißen Perücke machte einen sehr ehrwürdigen Eindruck, und die scharfen hellgrauen Augen bohrten sich gleichsam in Angeklagte und Zeugen hinein. Er war als ein geschickter Richter bekannt; seine Hauptstärke hatte er aber im Verhören.

Niemand verstand es wie er, unbedachte Aeußerungen herauszulocken, die Worte zu drehen und zu wenden und sie so auszudeuten, daß, ehe man sich dessen versah, die Aussage den Eindruck eines halben Zugeständnisses machte, und auf diese Weise pflegte er, wie er sich selber ausdrückte, „die Wahrheit aus den Worten herauszuschrauben".

Heute ging es ungewöhnlich schnell, trotzdem aber würdevoll. Eine Reihe von Zivilsachen war bald erledigt. Alle Anwälte wußten nun, daß es galt, zu der causse célèbre zu kommen, zur Konkubinatssache; und sich in die Seite pufftend und geheimnisvolle Blicke austauschend, freute man sich auf die interessante Zeugenvernehmung. Daher wurde nicht gerade viel prozessiert, aber eine Vertagung um die andere beantragt und bereitwilligst zugestanden. Nur dieser dumme Rechtsanwalt Kruse merkte gar nichts, sondern gab eine Erklärung um die andere zu Protokoll. Rechtsanwalt Stahrs zupfte ihn am Rocke. Alfred Bennechen, der das Protokoll führte, schnitt ihm Gesichter, der Bezirksrichter schnaufte und wurde auf seinem Stuhle ungeduldig.

Endlich wurde dann Kruse fertig, und die Konkubinatssache wurde aufgerufen.

Die Thüren nach dem Vorsaal und zum Hofe standen nun offen, und das Volk stand dichtgedrängt ganz draußen und ein Stück in die Stube hinein. Alles, was nasse Wolle war, fing, sobald es in die Wärme kam, an zu dampfen; die Luft wurde dick und „kopfblau"; an den Fensterscheiben rannen die Tropfen hernieder. Auf dem Flur draußen stand der Triefäugige im ärgsten Gedränge. Er war so klein, daß er nichts zu sehen vermochte; aber er lauschte gespannt auf jedes Wort und begriff nicht das geringste. (Fortsetzung folgt.)

nicht nennen möchte". In der Germania erklärt Abg. Pingen, daß er keinerlei Bemerkungen gemacht habe, „welche irgendwie die Ehre unseres Beamtenstandes verletzen".

Fruchtbringender, als die Betrachtungen des Herrn Pingen wären Erhebungen über den Grundbesitz deutscher Minister in Deutschland, wenn die nüchterne Auffassung des Herrn Pingen über die Motive, die die Stellung der Regierung zum Zolltarif bedingen, gelten soll.

Keine Englandbesuche des Kaisers. Die Nachricht von einem zweimaligen Besuche des Kaisers in England im Laufe der nächsten 5 Monate wird von der Nordd. Allg. Ztg. als in beiden Fällen nicht zutreffend bezeichnet. Es entspreche dem hergebrachten völkerrechtlichen Gebrauch, daß an einer Krönungsfeier fremde Souveräne nicht teilnehmen.

Das Dementi der Meldung des englischen Regierungsblattes kommt sehr spät, so daß die Vermutung, es könne nach der Bülowschen Rede eine Erkältung zwischen Berlin und London eingetreten sein, nicht gut abzuweisen ist. Mit der zweiten Chamberlain-Rede Bülows, die allseitig als gern angetretener Rückzug angesehen wird, ist die englische Presse noch nicht zufrieden.

Aegirs gefährdete Sittlichkeit. Das Marinekriegsgericht zu Kiel verurteilte den Leutnant Jobst vom Küstenpanzer Aegir wegen Beleidigung bezw. vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in vier Fällen, davon zwei begangen im Dienste, zu 3 Monaten **Festungshaft.** Die Verhandlung fand wegen Besorgnis der Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Weibliche Fabrikinspektoren. Das Berl. Tagebl. meldet: Dem am 15. Januar zusammentretenden braunschweigischen Landtage wird ein Gesetzentwurf, betreffend Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren innerhalb des Herzogtums, zugehen.

Die „Sühne" für den Duellmord in Jena. Aus der thüringischen Musenstadt Jena wird vom 11. Januar gemeldet: Heute fand hier unter Vorsitz des Oberstleutnants v. Hanstein die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen Leutnant Thieme vom hiesigen Bataillon wegen Zweikampfes und gegen Hauptmann von Seebach wegen Kartelltragens statt. Thieme wurde unter Annahme mildernder Umstände zu 2 Jahren 3 Monaten Festungshaft, Hauptmann v. Seebach, ebenfalls unter Annahme mildernder Umstände, zu 14 Tagen Festungshaft verurteilt.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Der Musterzeichner Ernst Emil Schwöner zu Plauen i. V., der vor kurzem auf Grund einer Denunziation verhaftet, aber wieder freigelassen wurde, ist am Freitag wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Beleidigung soll er **1900** (!!) bei einem Barbier gethan haben, als ihm dieser empfahl, den Schnurrbart hoch zu tragen.

Kleine politische Nachrichten. Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen ist in Oldenburg der Hauptmann a. D. Pilot zu 2 Monaten Festung verurteilt worden. — Bei der Reichstagsersatzwahl in Siegburg-Waldbroel für den bisherigen Senior des Reichstages, den Zentrumsabgeordneten Lingens, ist am Donnerstag der Zentrumskandidat Landtagsabgeordneter Amtsrichter Dr. Becker aus Hennef gewählt worden.

Frankreich.

Waldeck-Rousseaus Rede am Sonntag zu Saint-Etienne war nach den bisher vorliegenden Berichten eine enthusiastische Schilderung der Erfolge der französischen Kolonialpolitik. Millerand hielt bei einem Empfange des dortigen Vorstandes des republikanischen Komitees für Handel und Industrie eine Ansprache, in der er dieses Komitee, das unter seinem Ministerium ins Leben getreten ist und vom Geist des Fortschritts und der modernen Ideen erfüllt sei, beglückwünschte, daß es sich mit den Arbeitern ins Einvernehmen setze, um Streitigkeiten mit den Arbeitern in liberaler und großherziger Weise auszugleichen. Es stärke die Regierung, wenn Großindustrielle und Kaufleute sich der Regierung anschließen, um mit ihr gemeinsam die großen sozialen Probleme friedlich zu lösen. Millerand gab schließlich seiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß in verschiedenen Gegenden sich Komitees für Handel und Industrie bildeten.

England.

Chamberlains Antwort auf Bülows Rede ist am Sonntag in Birmingham erfolgt. Chamberlain erklärt, er nehme nichts zurück, modifiziere nichts und habe nichts zu rechtfertigen. Er wolle keinem auswärtigen Minister Lehren erteilen, noch irgend welche aus dessen Händen entgegennehmen. Aber der Kritik im eigenen Lande, die auf Grund jener Vorgänge gegen ihn geübt werde, stelle er sich. Er bestreitet sodann, durch seine erste Birminghamer Rede die feindliche Stellung des Auslandes gegen England erzeugt zu haben, denn schon seit Jahren werde England verleumdet. Sonst atmet die Rede die alte Unversöhnlichkeit gegen die Buren.

Süd-Afrika.

ac. **Das schwarze Kabinett.** Das Dordrechtsche Courant ist im Besitz von drei Briefen, welche eine holländische Kompagnie im Juni letzten Jahres nach Laurenço Marquez sandte. Zwei dieser Briefe wurden in Rotterdam, einer in Amsterdam auf die Post gegeben, zwei gingen also mit der englischen Post ab, der eine über Berlin. Dieser letztere kam unversehrt an; die andern zwei jedoch, die der englischen Post anvertraut worden waren, sind unterwegs geöffnet und durch einen Papierstreifen wieder geschlossen worden. Der Verschluß enthält die Worte: „Geöffnet unter dem Kriegsgesetz." Das genannte Blatt verlangt, daß der holländische Minister des Aeußern sich damit befasse.

De Wet versuchte mit einer beträchtlichen Streitmacht die Eisenbahnlinie nördlich von Kroonstad zu überschreiten, wurde aber zurückgetrieben. Man glaubt, daß er den Versuch erneuern wird. Sonst werden vom Kriegsschauplatz nur kleine englische Erfolge gemeldet.

Die Pläne der Buren. Daily Mail erhielt aus Amsterdam ein Telegramm, welches bestätigt, daß Verhandlungen zwischen den in Europa weilenden Burendelegierten und den Burenführern in Südafrika augenblicklich stattfinden. Depeschen des Burenvertreters in Lourenço Marquez mit den Burendelegierten in Europa wurden von den englischen Behörden an Bord eines Dampfers beschlagnahmt. Nach ihnen scheint sich zu bestätigen, daß Krüger sich einverstanden erklärt hat, die Meinung verschiedener Burenkommandanten über eine eventuelle Verständigung wegen Englands einzuholen.

Englische Hoffnungen. Aus Brüssel wird vom 11. Januar gemeldet: Ueber die gestrige Konferenz der Burenführer verlautet, daß die Buren sich bereit erklärt hätten, statt der Unabhängigkeit die Autonomie anzunehmen. (?)

In seiner Rede erklärte Milner, die Bevölkerung von Johannesburg werde in wenigen Jahren mehrere Millionen zählen und das bedeute ein englisches Transvaal.

Parteiangelegenheiten.

Auf die Erklärung des Genossen Grunwald wegen seiner Kündigung antwortet der Vorsitzende der Preßkommission mit folgender Zuschrift:

„Den Grund der Kündigung giebt Genosse Grunwald richtig an, er vergißt oder unterläßt jedoch dabei mitzuteilen, daß er bei seinem Engagementsabschluß auf die von der Preßkommission gestellte Bedingung, nach welcher der leitende Redakteur unseres Blattes eine Kandidatur nicht annehmen soll, einging. Nur durch die Annahme dieser Bedingung wurde das Engagement vollzogen."

Demgegenüber erklärt jedoch **Grunwald**, daß diese Darstellung nicht richtig sei; er sei keine solche Bedingung eingegangen. Die Behauptungen stehen sich also gegenüber, und bis der Widerspruch geklärt ist, kann man sich füglich eines Urteils enthalten. Immerhin kann man es aber als unangebracht erklären, daß einem Redakteur überhaupt eine derartige Bedingung auferlegt wird.

„Dumm-Verbrecherisch, feudal". Unter vorstehender Ueberschrift veröffentlichte das Hamburger Echo einen Leitartikel, in dem angeblich Beleidigungen des Offizierkorps enthalten sein sollen. Ein Strafverfahren ist deswegen gegen Gen. **Waberski** vom Hamb. Echo eingeleitet.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegung der Textilarbeiter im Vogtlande dürfte in den nächsten Tagen bereits einen sehr ernsten Charakter annehmen. Die Lohnkommission hat in letzter Zeit viele Werkstatt- und Fabrikversammlungen abgehalten, in denen Kommissionen gewählt wurden, die mit den Unternehmern nochmals in Güte verhandeln sollen. Erfreulich ist hierbei, daß sehr viele Arbeiterinnen in diese Versammlungen kamen und ihre Zustimmung zu den geplanten Schritten gaben. In Greiz hat die Kommission um die Vermittelung des Fabrikinspektors nachgesucht und auch Zusage von letzterem erhalten. Aber auch diesem war es nicht möglich, die Unternehmer, deren Weizen wieder mächtig blüht, von der Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung der Weber zu überzeugen. Bedauernd teilte der Fabrikinspektor dies der Lohnkommission mit. Infolgedessen hat letztere beschlossen, sofort bei allen den Firmen, die die schlechtesten Löhne zahlen, energisch vorzugehen. Gehen die Unternehmer auf Verhandlungen nicht ein, so soll umgehend die Arbeit eingestellt und die Sperre über diese Betriebe verhängt werden. Der Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes ist telephonisch davon in Kenntnis gesetzt worden. Als eine höchst erfreuliche Thatsache, die zu den besten Hoffnungen berechtigt, muß bemerkt werden, daß sich die Zahl der organisierten Textilarbeiter in Greiz in den letzten Monaten mehr als verdoppelt und in den kleineren Ortschaften des Vogtlandes verfünf- und versechsfacht hat. Da außerdem der Geschäftsgang augenblicklich ein sehr guter ist, so daß sogar in vielen Betrieben Ueberstunden gemacht werden, die Unternehmer sogar über Mangel an Arbeitskräften klagen, so sind die Chancen für die armen Weber äußerst günstig.

Die Scharfmachereien im Holzarbeitergewerbe hören nicht auf. Der wirtschaftliche Niedergang durch den Innungskrauters auch in Berlin die beste Gelegenheit, der verhaßten Organisation einen derben Schlag zu versetzen. Die Generalversammlung der Berliner Tischler-Innung hat beschlossen: Wenn die Sperre über vier Firmen nicht aufgehoben wird, dann werden zehn Prozent — und zwar nur organisierte — Tischler in allen Betrieben ausgesperrt. Da die organisierten Tischler durchaus keine Veranlassung haben, den tollgewordenen Innungskrautern ihre Zugehörigkeit zum Verbande auf die Nase zu binden, so werden sie bei ihrer Maßnahme, wenn sie zur Ausführung kommen sollte, zweifellos eine ganze Menge Unorganisierte mit treffen, die, da sie sonst keinen Rückhalt haben würden, sich wohl schleunigst der Organisation anschließen würden.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die mechanische Segeltuchweberei von Gotthold & Komp. in Kassel hat ihren Arbeitern eine 3prozentige Lohnherabsetzung, welche am 18. Januar in Kraft treten soll als Neujahrsgeschenk angeboten. Dieselbe betrifft alle gangbaren Qualitäten. Wer nicht zu dem neuen Lohn arbeiten will, soll den Stuhl stehen lassen. Die Arbeiter sind nicht gewillt, dies gutwillig hinzunehmen und treten in die Lohnbewegung. — Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hat der Verband der Bäckereiarbeiter vom 1. Januar 1902 beschlossen. Vor der Hand soll 1 M. für den Tag nach einjähriger Mitgliedschaft, 1,20 M. nach dreijähriger und 1,50 M. nach fünfjähriger Mitgliedschaft gezahlt werden. — Beim Queisthalsperrenbau bei Lauban in Schlesien haben sämtliche Arbeiter der Firma Bickert die Arbeit niedergelegt. Lohndifferenzen sollen die Ursache sein.

Politische Aktion der Gewerkschaften. Die Nationalföderation der englischen Bergleute hat beschlossen, bei den Parlamentswahlen energisch in die politische Bewegung einzugreifen. In allen Wahlkreisen, wo für den Arbeiterkandidaten Aussicht auf Erfolg besteht, sollen solche aufgestellt werden. Wie Reynolds Newspaper (Reynolds Zeitung) mitteilt, will die Bergarbeiter-Föderation in 15 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen. Das Taff-Thal-Urteil und andere Schläge gegen die Gewerkschaftsbewegung haben die englischen Arbeiter aufgerüttelt aus ihrer politischen Unthätigkeit. Bisher liefen sie meistens den bürgerlichen Parteien nach.

Sächsische Angelegenheiten.

Eine seltsame staatsretterische Thätigkeit entfalten die Gendarmen in Niederplanitz bei Zwickau. Sie gehen von einem Restaurateur des Ortes zum andern und fragen an, ob die betreffenden Wirte Abonnenten des Sächsischen Volksblattes, unseres Zwickauer Parteiorganes, seien. Was ist der Zweck dieses sonderbaren Verfahrens? Will man den Abonnentenstand des staatsgefährlichen Blattes auf diese Weise einschränken? Der Verlag unseres Zwickauer Bruderblattes ist dieser Meinung und erblickt in diesem Vorgehen eine Geschäftsschädigung. Er beabsichtigt daher, die Amtshauptmannschaft wegen dieses Vorgehens der Niederplanitzer Gendarmen zu interpellieren. Vielleicht erfährt man dadurch auch, ob diese Thätigkeit auf den Uebereifer der Gendarmen oder auf Anordnungen der Behörde zurückzuführen ist.

Chemnitz. Die Volksstimme schreibt: Die Arbeiterentlassungen in der Sächsischen Maschinenfabrik (Hartmann) bestätigen sich bei weitem nicht in dem von uns gemeldeten Umfange. Bis jetzt sind etwa anderthalbhundert Mann entlassen worden, die sich in der Hauptsache auf zwei Branchen verteilen: Schmiede und Kesselschmiede. Unter den brotlos Gewordenen befinden sich Leute im Alter von 60 und mehr Jahren, von denen einige 19, 20, 22 und 23 Jahre in der Fabrik thätig sind. Die Ursachen der Entlassungen wurden zurückgeführt auf den Umstand, daß die erwarteten Lokomotiven-Bestellungen von seiten der sächsischen Regierung noch nicht eingegangen waren. Nach der von uns ebenfalls wiedergegebenen Mitteilung des Oberbürgermeisters an das hiesige Amtsblatt bestand jedoch die Hoffnung, daß die ganze Angelegenheit noch einen günstigen Ausgang finden würde. Das ist denn auch bereits eingetreten. Den Arbeitern soll mitgeteilt worden sein, daß die Bestellungen eingelaufen seien und daß wieder Arbeiter eingestellt werden sollen. Dadurch gewinnt der ganze Vorgang mit all seinen Begleiterscheinungen: daß man die Arbeiter auf das Rathaus schickte, daß die Entlassenen für die Firma im Auftrage usw. nachsuchten, eine merkwürdige Beleuchtung.

Danach ist auch unsere Meldung über Arbeiterentlassungen in der letzten Nummer, die sich auf die Mitteilungen der Volksstimme stützte, zu berichtigen.

Zur Sache selbst ist noch mitzuteilen, daß die Bestellung der 19 Lokomotiven nunmehr definitiv erfolgt ist.

Reichenbach. Der sozialdemokratische Verein für den 22. Reichstagswahlkreis hielt am Sonntag seine Generalversammlung hier ab, auf welcher Genossen aus allen Orten des Kreises vertreten waren. Der vorgetragene Geschäftsbericht zeigt eine Einnahme von zirka 1000 M. und einen Kassenbestand von 300 M. Die Mitgliederzahl beträgt 780. An Flugblättern sind im vergangenen Jahre 105 000 Exemplare verbreitet worden.

Plauenscher Grund. Auf der Straße durch den Plauenschen Grund liegen bereits die Schienen für die elektrische Bahn und die für die Abpflasterung des Schienenweges nötigen Steine. Die Straße hat bis auf wenige Stellen die notwendige Verbreiterung durch Einrücken der Vorgärten usw. erfahren. Die Bauarbeiten sollen mit Beginn des Frühlings aufgenommen und so beschleunigt werden, daß die elektrische Bahn bereits am 1. August d. J. dem Verkehr übergeben werden kann. Der Strom zum Betriebe der Bahn wird dem Elektrizitätswerke im Plauenschen Grunde entnommen werden.

Rickern. Beim Entwenden eines Sackes Hafer am Dienstag mittag verunglückte ein auf hiesigem Rittergute bediensteter Pferdeknecht dadurch, daß er beim Beiseiteschaffen desselben die steinerne Treppe herunterfiel. Er wurde tot aufgehoben.

Königsbrück. Ein gräßliches Unglück ereignete sich am Donnerstag in der Schönelschen Mühle in Reichenbach. Der Müller Schöne, Vater von 9 Kindern, geriet in das Getriebe des großen Zahnrades, wobei ihm der Brustkorb und das Gesicht eingedrückt wurde. Er war sofort tot.

Riesa. In das hiesige Garnisonlazarett wurde am 7. d. M. der Soldat Kühnert vom Schützen-Regiment in Dresden eingeliefert. K. hatte seinen Weihnachtsurlaub in Berlin verbracht, dort den letzten Zug, der ihn seiner Garnison wieder zuführen sollte, verpaßt und sich in seiner Angst zu Fuß (!) auf den Weg nach Dresden gemacht. Unterwegs gingen ihm seine geringen Barmittel bald aus, und er wurde, da er seit fast drei Tagen nichts gegessen hatte, am Dienstag in völlig erschöpftem Zustande auf der Landstraße bei Glaubitz aufgefunden.

c. **Kamenz.** Mit einem Strafmandat in Höhe von 3 M. wurde der Genosse Zürner von der hiesigen Amtshauptmannschaft beglückt, weil er gegen die §§ 2 und 33 des Vereins- und Versammlungsrechts verstoßen haben soll. Genosse Z. hatte im Kamenzer Tageblatt als Einberufer einer öffentlichen Versammlung diese auf 8 Uhr abends festgesetzt, während in der amtshauptmannschaftlichen Anmeldung 7½ Uhr angegeben war. Hierin erblickte nun die Amtshauptmannschaft ein Vergehen gegen oben erwähnte Paragraphen. Bemerkt sei noch, daß es sich um eine Maurerversammlung handelte, die wegen zu schwachen Besuches nicht abgehalten werden konnte. Sächsische Weltmachtspolitik!

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Dem Tode durch Gasvergiftung ist der Wirt der Speisewirtschaft Adolf Rudolf nebst Frau in Plauen i. V., Straße 43, noch glücklich entkommen. Beide kehrten nach einem Vergnügen in der Nacht zum Freitag heim. Als sie die Wohnung betraten, roch es etwas nach Gas, was Beide nicht weiter beachteten und legten sich nieder. Früh beim Erwachen waren die Räume stark mit Gas gefüllt und heftige Kopfschmerzen hatten sich eingestellt. Das Gas war durch einen Schlauch am Gaslocher durchgedrungen, es konnte aber zum größten Teil durch einen Luftschacht wieder abziehen, sonst wäre der Tod Beider sicher eingetreten. — Einen Mord- und Selbstmordversuch verübte der Handarbeiter Schlott in Werdau, indem er sich und seine Frau zu erschießen versuchte. Schlott richtete den geladenen Revolver erst gegen sich selbst, traf aber nicht richtig, sondern verletzte sich nur. Hierauf bedrohte er seine Frau mit Erschießen, die aber noch rechtzeitig vor dem Unhold flüchten konnte. Der Thäter wurde alsbald verhaftet. Das Motiv zu der That wird in ehelichen Zwistigkeiten gesucht. — In Leubnitz bei Werdau ist die große Buchertsche Spinnerei total niedergebrannt. Die Flammen griffen mit solcher Schnelligkeit um sich, daß an eine Unterdrückung des Brandherdes nicht gedacht werden konnte und das Spinnereigebäude in kurzer Zeit bis auf die Umfassungsmauern eingeäschert wurde. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann leicht verletzt. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt. Der entstandene Schaden ist sehr groß. Die Arbeiter finden einstweilen bei den Aufräumungsarbeiten Beschäftigung. — Der Fabrikarbeiter Günther aus Ringethal bei Mittweida ist am Freitag früh auf dem Wege zur Fabrik beim Passieren der Weißthaler Schwemmbrücke ins Wasser gefallen und ertrunken. — Von dem früh 6 Uhr 45 Min. von Altenburg nach Zeitz abgehenden Personenzuge ist gestern der vorletzte Personenwagen bei der Einfahrt in Bahnhof Meuselwitz aus noch unaufgeklärter Ursache zur Entgleisung gekommen. Glücklicherweise ist niemand verletzt worden, auch sind nennenswerte Störungen im Betriebe nicht eingetreten. — In der Nähe des Nordbahnhofes in Werdau fand ein Streckenarbeiter auf seinem Wege zur Arbeitsstelle, daß Schwellen über die Schienen gelegt worden waren. Er versuchte die Schwellen zu entfernen, wurde aber von zwei Individuen, die beobachtend in der Nähe sich versteckt gehalten hatten, daran gehindert. Erst im Verein mit einem Bahnwärter, den er zur Hilfe herbeiholte, gelang die Beseitigung. Die beiden Individuen hatten inzwischen die Flucht ergriffen.

Neues aus aller Welt.

Rettung aus Seenot. Die Rettungsstation Cuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 12. Januar von dem auf der Robben Plate gestrandeten deutschen Fischdampfer Sekundant, Kapitän Griesbardt, drei Personen durch das Rettungsboot des Staatsdampfers Neuwerk gerettet.

Straßenbahnunglück. Auf der Strecke Witten—Langendreer der märkischen Straßenbahngesellschaft stürzte Sonnabend Abend ein Wagen um. Von den Passagieren des Wagens wurden, wie der Bochumer Anzeiger meldet, drei schwer, die übrigen leicht verletzt.

Von einem Eisberge in Grund gebohrt. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, ist der Dampfer „Inga", der die Post nach Island zu bringen hatte, am 19. Dezember beim Einlaufen in die Bucht von Reykjawik nachts mit einem treibenden Eisberg zusammengestoßen, wurde dabei vollständig zerstört und sank. Schiff und Ladung sind vollständig verloren. Die Besatzung rettete sich auf die treibenden Eismassen und wurde auf offener See schließlich vom Dampfer „Mjölnir" geborgen.

Die Angelegenheit des Mörders Vidal, der an der Schweizerin Girschbrunner und vielen anderen Frauen Raubmord verübte, zieht immer weitere Kreise. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft von Stuttgart den Untersuchungsrichter für den Fall Vidal um Auskunft über den Mörder ersucht, da er auch verdächtig ist, im Sommer ein der Halbwelt angehöriges Frauenzimmer in Stuttgart ermordet zu haben. Es fragt sich, ob Vidal, der sich zur Zeit des Stuttgarter Mordes in Alevard-les-Bains befand, sich von dort aus auf einige Tage nach Deutschland entfernt hat.

Die Erschießung einer Frau. Wie aus Belgrad berichtet wird, wurde eine Frau aus dem Dorfe Jwanjica Namens Singelia Krstitsch zum Tode verurteilt, nachdem sie ihren Mann vergiftet hatte, um mit einem jungen Liebhaber zu leben. Der Urteilsspruch ist soeben vollzogen worden. In Serbien werden die zum Tode Verurteilten erschossen, und auch Singelia Krstitsch ist auf diese Weise hingerichtet worden. Das ungewöhnliche Schauspiel fand in Gegenwart vieler Zuschauer statt. Die Frau ist sehr tapfer gestorben; zu den zwei Soldaten, die die Hinrichtung zu vollziehen hatten, sagte sie: „Zielt gut, Kinder, aber schont mein Gesicht."

Beim Brande eines Hauses in Petersburg kamen in der Sonnabends-Nacht zwölf Menschen um. Zwanzig Personen erlitten Brandwunden.

Madrid, 11. Jan. Auf Fort Alcatera hat der Leutnant **Marina** in einem Anfall von Wahnsinn plötzlich seinen Revolver auf seine Kameraden abgefeuert und mehrere schwer verwundet. Er beging darauf Selbstmord.

Eisenbahnunfall in Italien. Aus Brindisi wird vom Sonntag gemeldet: Heute früh stürzte ein Eisenbahnzug in den Südost-Bahn. Es war ein Materialienzug, der einige hundert Arbeiter und Materialien zur Wiederherstellung der vor einem Monat eingestürzten Brücke über den Bach mit sich führte. Bei Rahmunttas wurden vier Tote und neun schwer Verletzte, gemeldet. Der Maschinist des Zuges ist flüchtig geworden, der Heizer wurde verhaftet.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020113/3
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht.

-e. **Studentische Rüpeleien.** Wegen Beamtenbeleidigung und **Widerstands** mußte sich der 21jährige Studiosus techn. Helmut Bernhard **Gruber** aus Zwickau verantworten. In stark bezechtem Zustande aus **einem** Restaurant der Schössergasse kommend, ulkte er einen Gendarmen **an,** indem er, denselben umkreisend, in einem fort den Hut zog. Der **Mahnung** des Beamten, sich von dannen zu trollen, kam der Musensohn nicht nach, und so erfolgte seine Arretur. Dies war aber erst recht **nicht** nach dem Gusto des Zwickauers, und er widersetzte sich dem Beamten, ihn hierbei verschiedentlich beleidigend, in erheblicher Weise. Selbstverständlich gab es auch noch der frühen Morgenstunde den üblichen Lärm dabei. Mit 10 M. Geldstrafe, an deren Stelle eventuell 5 Tage Gefängnis und 3 Tage Haft zu treten haben, hält das Gericht diese Flegelei für gesühnt.

Militärgericht.

Z. **Ein eigentümliches Licht auf die Verpflegungsverhältnisse im Heere** warf eine Verhandlung, die am Sonnabend vor dem Oberkriegsgericht stattfand. Wegen Unterschlagung resp. Mittäterschaft und Beihilfe hierzu waren durch Urteil des Kriegsgerichts der 1. Division Nr. 23 vom 29. August v. J. der Sergeant Hermann Gustav Wolff, der Gefreite Julius Curt Funke und die Soldaten Karl Heinrich Otto Franke, Hugo Paul Fischer, Karl Wilhelm Sindermann, Gustav Heinrich Paul Zinner, Friedrich Christian Sildemeyer, Max Paul Rothe und Friedrich Stiebler von der 5. Eskadron des 1. Ulanen-Regiments Nr. 17 in Oschatz mit kürzeren Arreststrafen belegt worden. Während sich alle übrigen Angeklagten bei der Strafe beruhigten und dieselbe verbüßten, legten Wolff und Funke, die zu 5 resp. 14 Tagen mittleren Arrests verurteilt worden waren, Berufung ein, da sie sich zu Unrecht bestraft glaubten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Am 17. Mai v. J. hatten die Angeklagten unter Wolffs Aufsicht einen Remontetransport von Königsberg i. P. nach dem Proviantlager Kalkreuth zu leiten. Beim Abgang von der Empfangsstation erhielten die Begleitmannschaften das auf der Reise für die Pferde erforderliche Futter ausgehändigt. Unterwegs beschlossen nun die Soldaten, den etwa übrigbleibenden Hafer zu verkaufen und den Erlös unter sich zu teilen, da sie kein Geld mehr hatten. Auch Sergeant Wolff war mit diesem Plane einverstanden. In Großenhain gelang es denn auch, einige Säcke Hafer für zehn Mark an einen Bahnarbeiter zu verkaufen. Das Geld wurde geteilt — nur Wolff nahm nichts — und dafür Bier und Nahrungsmittel angeschafft. Zur Verteidigung ihrer Handlungsweise führten die Angeklagten an, daß sie kein Geld gehabt hätten, da man ihnen noch **keine Gebührnisse** für die betreffende Zeit ausgezahlt habe. Infolgedessen hätten sie sich schon **einige Tage kein warmes Mittagessen** kaufen können, so daß der Sergeant Wolff in Küstrin **aus seiner Tasche für die Leute warmen Kaffee gekauft habe.** Ueberdies hätten sie gar nicht gewußt, daß der Hafer, ein übrigens sehr minderwertiges Zeug, Eigentum des Militärfiskus gewesen sei, da sie in Königsberg das Futter von einer Zivilperson erhalten hatten. Der Geruch wurde denn auch thatsächlich festgestellt, daß den Leuten die Gebührnisse vorenthalten worden waren, aus welchem Grunde, wurde allerdings nicht gesagt. Ueber das Eigentumsrecht des Hafers war sich das Oberkriegsgericht zunächst selbst nicht klar, infolgedessen die Verhandlung zwecks Herbeischaffung neuen Beweismaterials vertagt werden mußte. Erst auf Grund des letzteren sprach die Berufungsinstanz dem Fiskus das Eigentumsrecht zu und bestätigte deshalb auch die von der Vorinstanz gegen die Angeklagten ausgeworfenen Strafen.

Gewerbegericht.

Sitzung vom 7. Januar.

Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Hänztsche. **Arbeiterbeisitzer:** Former Trepte, Maurer Köhler. **Unternehmerbeisitzer:** Zimmereifabrikant Heyde, Baumeister Rothenbücher.

Unbewiesene Beschuldigung. Der Maurerpolier Kraus klagt gegen den Baumeister Mohn auf 70 M. wegen kündigungsloser Entlassung. Die von seiten des Beklagten geladenen Zeugen vermögen die Angaben desselben, der Kläger habe ihm Holz entwendet, auch nicht im geringsten zu unterstützen. Es sind lediglich Vermutungen, die der Beklagte hegt. Er ist aber merkwürdigerweise der Meinung, das Gewerbegericht sei verpflichtet, in solchem Falle die Funktionen von Staatsanwalt und Polizei auszuüben. Nachdem ihm klar gemacht wird, daß er sich hierin gründlich getäuscht habe und der Kläger auf einen Vergleich nicht eingeht, zahlt Herr Mohn die geforderten 70 M. anstandslos aus. Nach den Aeußerungen des Klägers dürfte damit die Angelegenheit noch nicht erledigt sein.

Im Vergleichswege erhält der Markthelfer Näber auf seine Forderung von 39 M. wegen kündigungsloser Entlassung gegen den Klempnermeister Bräunlich 19,50 M. Ebenso der Arbeitsbursche Hoffmann von der Firma Mürriter 10 M. auf seine Forderung von 28 M. In beiden Fällen hatten die Kläger gesetzlichen Grund zu ihrer Entlassung gegeben.

Völlig aussichtslos war die Klage des Kohlenschiebers Manitz gegen die Firma Siemens (Glasfabrik). Der Kläger hatte sowohl gegen die Bestimmungen der Fabrikordnung verstoßen als auch einen Hüttenmeister beleidigt. Da er jedoch einen Tag später als es hätte geschehen müssen, entlassen wurde, wird ihm dieser Tag mit 2,50 M. vergütet. Gefordert waren 17,55 M.

Einspruch gegen Berechnung von Akkordlohn sofort geltend machen! Der Former Peier klagt gegen die Firma Schilling & Ko. auf 85,90 M. Lohnrest. Die Klage, die keinerlei rechnungsmäßige Begründung enthält, bezieht sich auf Akkordlohnreste, und reicht etwa 1½ Jahr zurück. Irgendwie Einspruch gegen zu niedrige Berechnung erhoben zu haben, kann der Kläger nicht nachweisen. Er muß deshalb seine Forderung auf 5,98 M. herablegen, wovon ihm endlich 3,93 M. als berechtigte Forderung durch Urteil zugesprochen werden. -e.

Vermischtes.

Nicht allein in Dahomey hat es **weibliche** Soldaten gegeben, auch der Zar aller **Reußen** hat während des Beginns der chinesischen Wirren über Kosakinnen und Grenzerinnen geboten. Zur Zeit der Beschießung von Blagowjeschtschensk war die männliche Bevölkerung der Stadt und der umliegenden Dörfer unter die Waffen gerufen worden. Das Dorf Ober-Blagowjeschtschensk hatte sämtliche Männer stellen müssen. Zur Verteidigung des Dorfes und zur Ausübung des Grenzdienstes wurde darauf ein Amazonenkorps gebildet, das Kosakenuniform und Ausrüstung erhielt. Zum Ataman dieser Kosakinnen und Herrn des Weiberdorfes wurde ein Unteroffizier ernannt. Die Nowoje Wremja bringt in einer Sonntagsbeilage das Bild dieser bartlosen Kosaken, und wenn nicht etwa die häßlichen absichtlich auf Posten abkommandiert worden sind, so muß man sagen, daß die russischen Amazonen einen netten, militärischen und appetitlichen Eindruck machen. Von ihrer kriegerischen und sonstigen Thätigkeit unter Anleitung des Atamans erzählt uns die Nowoje Wremja leider nichts.

Briefkasten.

L. M., Friedensstraße. 1. Nein. 2. Wenn kein neuer Kontrakt gemacht, gegen den alten von keiner Seite Widerspruch erfolgte, gilt letzterer weiter. Unter den geschilderten Umständen können Sie jetzt noch Widerspruch gegen den alten Vertrag erheben. Dann gelten die **gesetzlichen** Bestimmungen.

Dresdener Theater.

Montag den 13. Januar.

Opernhaus. (Altstadt.) **Der fliegende Holländer.** Große romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner. Anfang ½8 Uhr.

Dienstag: **Die Zauberflöte.**

Schauspielhaus. (Neustadt.) Neu einstudiert: **Bürgerlich und romantisch.** Lustspiel in vier Akten von Bauernfeld. Anfang ½8 Uhr.

Dienstag: **Die Schule der Ehemänner. Die Schule der Frauen.**

Residenztheater. **Der Brautvater.** Gesangsposse in drei Akten von A. Rosee. Musik von H. Plandocker. Anfang ½8 **Uhr.**

Dienstag: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags **2** Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ½4 **Uhr.**
Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

Victoria-Salon.
Dr. Angelos lebende Skulpturen und Reliefs; Mörbitz als „städtischer Strassenkehrer"; O. Richard; Russen Walkowsky etc. etc.
Anfang ½8 Uhr.
Sonntags: ½4 Uhr (**kleine Preise**) und ½8 Uhr (gewöhnliche Preise).
Im Tunnel von 7 Sonntags v. 5 Uhr an: **Künstler-Ensemble „Abadie".**

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke vom 13. Januar, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 748. — Veränderlich.
Thermometer: + 6° R.
Thermometrograph n. Reaumur: Min. 1°, Maxim. + 9°.
Hygrometer: 90°.
Wasserstand der Elbe: 23 cm + 0.

Quittung. Für die ausgesperrten Glasarbeiter gingen beim Verband ein: Unbekannt durch B. 19,20. Lederarbeiter, vom 6. Jan. durch Köstner 6,05. Durch Oberländer 5,75. Ueberschuß von einer amerikanischen Auktion der Brauereiarbeiter 15,—.

Quittung. Für die ausgesperrten Glasarbeiter gingen bei der Expedition der S. A.-Z. ein: Unbekannt 0,55. Geschäftsverkehr der Töpfer bei Mätzsch, Camelienstraße, amerikanische Auktion einer 1. Zigarrenkiste 7,—. Gelbe Suppe, Niedersedlitz 4,60. 4. Kreis, Gruppe Kötzschenbroda 11,—.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Drei öffentl. Versammlungen
finden statt:
Dienstag den 14. Januar 1902, abends ½9 Uhr im **Trianon,** Schützenplatz
Mittwoch den 15. Januar 1902, abends ½9 Uhr in der **Gold'nen Krone** in **Klein-Zschachwitz**
Donnerstag den 16. Januar 1902, abends ½9 Uhr im Restaurant **Bürgergarten** in **Kötzschenbroda.**
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. **Welchen Einfluß übt der gegenwärtige wirtschaftliche Niedergang auf unseren Beruf und unseren Kampf gegen die Scharfmacher im Baugewerbe aus?**
Referent: Kamerad **Stemkowitz** aus **Berlin.**
2. **Die infolge der Krise immer mehr hervortretende Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit.**
3. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**
Recht zahlreichen Besuch in jeder Versammlung erwarten
Die Einberufer.

Holzarbeiter aller Branchen.
5 öffentl. Versammlungen
Dienstag den 14. Januar, abends 9 Uhr
im Trianon, Schützenplatz, in Adams Restaurant, Kaulbachstraße 16 und in Rickels Restaurant, Schönbrunnstraße 1
Mittwoch den 15. Januar, abends 9 Uhr
in der Deutschen Eiche, Hutbergstr. 1 und im Restaur. Zur Börse, Leipziger Str. 95
Tages-Ordnung:
1. Die allgemeine Zählung der in Dresden und Umg. beschäftigten Holzarbeiter. 2. Gewerkschaftliches.
Wir erwarten, daß **alle** Kollegen dieser wichtigen Zählung Interesse entgegenbringen durch Besuch der angekündigten Bezirksversammlungen.
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.
J. A.: **Ernst Hanske,** Albrechtstr. 41, I.

Brauereihilfsarbeiter.
Mittwoch den 15. Januar, abends punkt 9 Uhr
im Saale der Gambrinus-Brauerei, Löbtauerstr.
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht. — Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Vertrauensleute. — Gewerkschaftliches.
Pflicht jedes Mitgliedes ist es, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verein für Volksbildung.
Mittwoch den 22. Januar 1902, abends 9 Uhr, im Trianon
Gr. öffentl. Lichtbildervortrag
Im Lande der Mitternachtssonne.
Vortragender: Herr Dr. Walter-Lund
vorm. Lektor an der königl. schwedischen Universität in Lund.
Einlaß 7½ Uhr. — Eintritt 25 Pf.
Karten sind zu entnehmen: Amalienstr. 12, I u. Zwingerstr. 22.

Lagerhalter-Verband.
Dienstag d. 14. Januar, abends
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
Wichtige Tagesordnung. Aller Erscheinen Pflicht.
Der Vertrauensmann.

Auskunftsstelle in Gewerbegerichts-Angelegenheiten:
Liliengasse 12, I. Et.
Karl Pietschmann
Sprechzeit:
vorm. 10—12, nachm. 3—5 Uhr.
Außerdem:
Bei allen Gewerbegerichtsbeisitzern.
Die Kommission.

Man speist
mittags und abends sehr gut im
Vegetarierheim
Wettinerstraße 5, I.

Neustadts Knaben-Anzüge
einfache u. elegante Genres zu bekannt billigsten Preisen!
L. Neustadt
Wettinerstr. 31
Bischofspl. 6.

Telephon 4682.
Patente
erwirkt u. verwertet
Ing. Hülsmann
Dresden-A., Maximiliansallee 1.

Maskenballblumen
offeriert
Hesse
Scheffelstraße 12, 1 Treppe.

Künstliche Blumen
empfiehlt **Hermann Hesse,**
Dresden-A., Scheffelstraße 12.

„Eintracht"
Moritzstrasse 14, I. Etg.
Grösstes vegetarisches Speisehaus am Platze
Achtungsvoll **A. Rokohl.**

Stollensteuer
wird angenommen in der Bäckerei von
Paul Fiedler
Pieschen, Leipziger Straße 14.

Schwarz. Rockanzug, Winterüberzieher verkauft spottbillig Schneidermstr. **Gebler,** Trebgasse 8, 3.

Tücht. Arbeiter, Monteure, Werkführer
für Rechenmaschinen gesucht.
Bei Tüchtigkeit **hohe Bezahlung** und dauernde Stellung. Ausführliche Anerbieten unter **Thomas 6818** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Bekanntmachung.

Statutengemäß wird hierdurch bekannt gegeben, daß für das laufende Jahr der Gesamtvorstand der Ortskrankenkasse aus folgend genannten Herren besteht:

1. Holzbildhauer **Emil Walter** in Löbtau, 1. Vorsitzender
2. Geschäftsführer **Wilhelm Barthel** in Löbtau, 2. Vorsitzender
3. Kontrolleur **Oskar Schimmrohn** in Löbtau, 1. Schriftführer
4. Kaufmann **Friedrich Jacob sen.** in Löbtau, 2. Schriftführer
5. Schornsteinfegermeister **Adolf Lange** in Löbtau
6. Malermeister **Heinrich Mörbitz** in Löbtau
7. Klempnermeister **Paul Haubert** in Löbtau
8. Verkäufer **Anton Kunze** in Löbtau
9. Geldbriefer **Ernst Schröder** in Cotta
10. Brauer **Moritz Fritzsche** in Plauen
11. Tischler **Max Peschel** in Löbtau
12. Sattler **Georg Dietz** in Gießich.

Ferner wird hierdurch zur allgemeinen **Kenntnis** gebracht, daß im Jahre 1902 die Beiträge für 52 Wochen eingehoben werden, und zwar auf die Monate **April, Juni, September** und **Dezember** für **fünf** Wochen, auf die übrigen Monate für vier Wochen.

Löbtau, den 11. Januar 1902.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse.
Emil Walter, Vorsitzender.

Fried. Mordas Nachflg. Inh. Curt Wilkerling
Möbelhalle in **Dr.-Pieschen**
Ecke Mohn- und Torgauer Straße
empfiehlt eine große Auswahl in **Tischler- u. Polstermöbeln.**
Gegründet 1854.
Eigene Tapeziererwerkstatt. Umarbeitung in und außer dem Hause

Weltrestaurant Société
Waisenhausstr. 18
Täglich bei vollständig freiem Entree:
Gesellschaft Edelweiss und das **Vokal- u. Instrumental-Sextett Dornröschen.**

Circus M. Schumann
(gegr. 1849 unter Firma: Herzog & Schumann.)
Dresden-Löbtau Circusgebäude **Dresden-Löbtau.**
Heute und täglich: Große Vorstellung mit abwechselndem Programm.
Neu! Neu! Neu! Neu!
Les trois Rainats
Anerkannt die besten Luftgymnastiker der Welt.
3 Gebr. Nesadsons, komisch-musikalische Straßenpfeiferer.
Herr **Julius Seeth** mit seinen **25 dress. männlichen Löwen.**
100 Clowns, weiblich und männlich. **Charivari** mit Gesang, Tanz und Akrobatik.
Herr Direkt. **M. Schumann** m. sein. **neuen Schul- u. Freiheitspferden.**
Sonntags
2 gr. brillante Vorstellungen 2
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Nach Schluß der Vorstellungen Straßenbahn-Verbindung nach allen Richtungen und nach allen Kasernen.

Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Riem,** Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. **Gustav Morgenstern,** Dresden.
Druck und Verlag: **Kaden & Komp., Dresden.**
Hierzu 1 Beilage.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020113/4
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 9. Dresden, Montag den 13. Januar 1902. 13. Jahrgang.

Reichstag.

115. Sitzung. Sonnabend den 11. Januar 1902. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf v. Posadowsky, v. Goßler, Frhr. von Thielmann, Reichskanzler Graf Bülow.

Es wird die

erste Etatsberatung

fortgesetzt.

Abg. **Dr. Sattler** (natl.) geht zunächst auf die Polenfrage ein und verliest, um zu zeigen, wie hoch die Erbitterung in den Kreisen der Polen gestiegen ist, einen ihm von polnischer Seite zugegangenen Brief, der wegen seiner letzten Polenrede von Beleidigungen gegen ihn erfüllt ist. — Die Angelegenheit des Straßburger Professors Spahn hat einen Verlauf genommen, der allen Beteiligten wenig Freude bereitet haben wird. Herr Prof. Michaelis hat seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen, als er in diese Erörterung einen anderen Fall hineingezogen hat. Der Fall Altdorf gehört in die preußische Verwaltung, hierher gehört aber die Thatsache, daß ein katholischer und protestantischer Professor der neueren Geschichte an die Universität Straßburg berufen worden ist. Man muß hieraus die Anschauung gewinnen, als gäbe es eine katholische und eine protestantische Geschichtswissenschaft. Es giebt aber nur eine einzige nicht konfessionelle Geschichtswissenschaft. Wir wenden uns gegen diese Neuerung, Professoren nach ihren religiösen Bekenntnissen anzustellen, weil wir fürchten, solche Professoren würden nur kirchlich abgestempelte Geschichte vortragen. (Oho! im Zentrum.) Eine solche Geschichte können wir nicht als wissenschaftliche Geschichte anerkennen. Die Professoren dürfen nur das vortragen, was sie selbst nach ihrer Ueberzeugung für richtig halten. (Sehr richtig! links.)

Der Reichskanzler meinte gestern gegenüber meinem Freunde Bassermann, die deutsche Presse und die öffentliche Meinung bedürften keines Leitmotivs von oben, das hat der Abg. Bassermann auch gar nicht behauptet, er führte die Bewegung des deutschen Volkes bezügl. des Burenkrieges darauf zurück, weil man über die offizielle Stellungnahme der Regierung nicht klar war. Hier, wie auch in der inneren Politik, wäre eine klare Stellungnahme der Regierung erforderlich. Der herbe Ton, den die Regierung gegenüber den Forderungen des Dr. Oertel anschlägt, wird kaum zu einer Verständigung beitragen. Wir werden stets bereit sein, auf Grund eines Vorgehens auf der mittleren Linie zur Erreichung der gesteckten Ziele beizutragen. (Beifall b. d. Natl.)

Staatssekretär für Elsaß-Lothringen **v. Köller**: Ich bin Herrn Sattler dankbar, daß er mich durch seine Anfrage in die Lage versetzt, vor aller Welt offen und klar darzulegen, wie die ganze Angelegenheit entstanden ist. Herr Sattler führte aus, daß in den Kreisen des gebildeten Deutschland große Erregung über den Fall Spahn geherrscht hat. Zunächst glaube ich nicht, daß der Kreis überhaupt so groß ist, und dann kann von einem Kampf zwischen katholischer und protestantischer Wissenschaft keine Rede sein. Schon bei Begründung der Universität Straßburg herrschte die Absicht, neben der protestantischen auch eine katholisch-theologische Professur zu begründen. Dieser Absicht stellten sich aber zuerst unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, bis die Sache 1894 infolge eines sogenannten „Offenen Briefes" im Landes-Ausschuß zur Sprache gebracht wurde. Der Landes-Ausschuß beschloß keine Erhöhung des Straßburger Universitäts-Etats, sondern faßte nur Resolutionen, zu wiederholten Malen, bei einer etwaigen Vakanz eine Erhöhung des Etats der Universität Straßburg ins Auge zu fassen. Nun konnte die Regierung in eine Prüfung der Beschwerdefrage eintreten. Die katholischen Studenten in Straßburg machen etwa ein Drittel aus, demgegenüber beträgt die Gesamtzahl der außerordentlichen Professoren 73, darunter 4 katholische und 6 Israeliten. (Hört, hört! im Zentrum. Große Heiterkeit.) Diese Verhältnisse veranlaßten die Regierung, zu erwägen, ob die katholischen Professoren nicht mehr zu berücksichtigen seien. Dazu kommt noch, daß die Zahl der Studenten aus dem Reichsland von Jahr zu Jahr wächst. Aus diesem Grunde haben wir einen katholischen Professor berufen. Nun wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir auch einen evangelischen berufen hätten. Das war aber nötig, nachdem Prof. Varrentrapp nicht mehr da war. (Erneuter lauter Ruf aus dem Zentrum: Hört, hört! Große Heiterkeit.) Drei Professoren für Geschichte sind durchaus nötig.

Die zweite Frage ist nun die, die den meisten Staub aufgewirbelt hat: „Ist die kaiserliche Regierung befugt, über die Köpfe der Professoren hinweg einen Professor zu berufen? Nach den in Betracht kommenden Bestimmungen hat die Fakultät aber gar kein Recht, darüber befragt zu werden, wer berufen werden soll, ebenso ist die Zahl der Dozenten keine geschlossene. Wir können also, wenn nur der Landesausschuß das Geld bewilligt, 20 Professoren für Geschichte berufen. (Heiterkeit.)

Nach dieser Darlegung des Falles werden Sie mir zugeben, daß die Erregung über den Fall Spahn namentlich durch die Presse geschürt worden ist. (Widerspruch links.) Sehr richtig hat Herr Sattler gesagt, daß die Professoren nur vorzutragen haben, was sie selbst als wahr erkannt haben. Wir haben das Vertrauen zu den Professoren, daß sie dies thun. Ich hoffe, daß durch meine Ausführungen die ungerechtfertigte Aufregung im Lande nunmehr beseitigt ist. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. **Bachem** (Zentr.): Ich hätte gewünscht, daß in dieser Sache einer der elsässischen Abgeordneten das Wort ergriffen hätte. Ich meine, auch hierher zeigt sich in der Beleuchtung [illegible]. Ich werde die Angelegenheit sine ira et studio behandeln. Die Person des Professors Spahn scheidet für uns völlig aus, wir fassen nur die prinzipielle Bedeutung des Falles ins Auge. Herr Sattler hätte nichts dagegen gehabt, wenn ein Protestant oder Israelit Geschichte gelesen hätte, wenn aber nun ein Katholik [illegible]. (Sehr richtig! im Zentr.) Auch ich meine, daß es keine speziell katholische Geschichtsauffassung giebt, aber die Gesamtauffassung der Geschichte ist doch eine verschiedene, je nach dem Standpunkt des Verfassers. Ein katholischer Professor braucht sich [illegible] aufzuerlegen in der Beurteilung der Thatsachen, die katholische Kirche beeinflußt ihn in keiner Weise.

Ich komme jetzt zum Fall Spahn. Diese Angelegenheit hat eine Bewegung für die sogenannte Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft veranlaßt. Diese Voraussetzungslosigkeit schließt eine ganz falsche Voraussetzung in sich. Unsere Universitäten sind Staatsanstalten, Straßburg ist eine Reichsanstalt. Man darf also mit Fug und Recht verlangen, daß in der Auswahl der Professoren die natürlichen Bedürfnisse eines Reiches oder eines Landes ihre Berücksichtigung finden. Durch die Aufstellungen des Herrn v. Köller, über die ich mich sehr freue, ist Klarheit in die Sache gekommen. Wenn die Regierung die Fakultäten nicht zu befragen braucht, so ist sie allein verantwortlich für die Besetzung der Straßburger Professorenstellen. Wie konnte es denn dazu überhaupt kommen, daß in einem großenteils katholischen Lande der Katholizismus von zahlreichen Lehrstühlen wissenschaftlich herabgesetzt wurde, ohne auch nur von einem einzigen Professorenstuhl verteidigt zu werden.

Im Namen der Gesamtheit meiner Freunde kann ich Ihnen nur erklären, daß wir dafür sorgen werden, daß diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Zum Schluß will ich Herrn Sattler nur das eine fragen: Wenn ein Katholik nicht geeignet ist, Geschichtswissenschaft zu lehren, kann denn dann ein Reformierter geeignet sein, daß ein lutherischer Geschichtswissenschaft lehren könne, und sind denn dann die Israeliten von vornherein geeignet dazu? Hoffentlich greift auf der Universität Straßburg in Zukunft ein [illegible] Vorgehen im Sinne der paritätischen Behandlung der Konfessionen Platz. (Beifall im Zentr.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Auf die Polendebatte werde ich nicht eingehen, bei der Beratung der Interpellation unserer polnischen Kollegen wird das Notwendige darüber von uns gesagt werden. Ich beabsichtige auch nicht, auf die eben geführte Debatte über die Straßburger Universität näher einzugehen. Herr Sattler hätte sich seinen Operationsplan besser überlegen und diese Sache bei der Spezialberatung des Etats für Elsaß-Lothringen vorbringen sollen (Sehr richtig! links), dann hätte die Kulturkampfdebatte in voller Abrundung dem Reichstage vorgetragen werden können. Jetzt ist er von Herrn Bachem von seinem Standpunkt aus verrückt worden (Heiterkeit) und hat einige Tage lang keine Gelegenheit, ihm zu antworten. — Sehr interessant war mir bei der Debatte nur, wie man sich allgemein die Besetzung der Lehrstühle an unseren Universitäten denkt. Es handelt sich danach **nicht** darum, wie ich bisher geglaubt habe, die **tüchtigsten** Gelehrten auszuwählen, sondern es wird **vor allem danach gefragt, welcher Religion der Betreffende angehört.** Es ist die Theorie aufgestellt worden, daß die Zahl der katholischen Professoren der Zahl der katholischen Studenten entsprechen müsse. Auf den Begriff der voraussetzungslosen Wissenschaft will ich nicht länger eingehen. Ich bin überzeugt, daß man von einer solchen bei uns überhaupt nicht sprechen kann. **Jeder** hat heute seinen **bestimmten Standpunkt** und trägt seine **Partei-Anschauung** vor. Es ist ja gewiß der richtigste Weg, daß zunächst die Fakultäten das Vorschlagsrecht haben, aber es ist **ausgeschlossen, daß diese unparteiisch eine Auswahl treffen.** Wir **Sozialdemokraten** haben es ja **am eigenen Leibe erfahren müssen.** Mehrere unserer Parteifreunde sind entweder zur Universität nicht zugelassen oder von ihr **weggewiesen** worden. Ich erinnere nur an den bekannten **Fall Arons.** Man sollte doch meinen, daß die Chemie wirklich nichts mit der politischen Gesinnung zu thun habe (Abg. Singer: Aber Herr Althoff glaubt es!), und doch hat man Arons von der Universität verwiesen. Aehnlich ist es Konrad Schmidt gegangen, einem außerordentlich tüchtigen, vorzüglichen Volkswirtschaftler, der verschiedene gute Schriften veröffentlicht hat. Er hatte die Absicht, sich als Privatdozent in Leipzig niederzulassen, man hat aber von seiten der Regierung und mit Erfolg alles daran gesetzt, das zu verhindern. Es ist klar, daß bei uns eine Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft nicht existieren kann und darf. Dem Professor sollte es übel gehen, der es bei uns mit aller Rücksichtslosigkeit wagen wollte, z. B. atheistische Anschauungen zu lehren. Ich bezweifle es auch sehr, daß z. B. Herr Haeckel noch auf einer anderen Universität als in Jena seinen darwinistischen Standpunkt in der Schärfe vertreten könnte. Was der Debatte aber besonderes Interesse gegeben hat, ist, wie Herr Bachem ganz richtig hervorhob, daß, obgleich die Statuten vorschreiben, daß der Kaiser das Recht hat, die ordentlichen Professoren zu ernennen, es dennoch im Laufe der Jahre zur Gewohnheit geworden ist, daß die Fakultäten Vorschläge machen, und zwar werden gewöhnlich drei Kandidaten vorgeschlagen. So ist auch hier verfahren worden. Unter den drei vorgeschlagenen Professoren befand sich auch ein Katholik, gleichwohl ist dieser nicht ernannt worden, sondern man hat einen Mann zum Professor ernannt, **der bisher in Universitäts- und wissenschaftlichen Kreisen völlig unbekannt war** (Oho! im Zentrum) und der nur das einzige Verdienst besessen haben soll, daß er eine im **byzantinischen Stil erhaltene Geschichte des Großen Kurfürsten geschrieben hat.** (Unruhe im Zentrum: [illegible]) Soweit ich die Urteile über den neuen Professor in der katholischen Presse, z. B. der Köln. Volksztg., verfolgt habe, ist man in jenen Kreisen über die Ernennung des Herrn Spahn keineswegs erbaut gewesen. Er soll doch nicht gerade ein vollwertiger katholischer Geschichtsprofessor sein, jedenfalls nicht einer im Sinne des Herrn [illegible].

Was nun den **Etat** anlangt, so ist hier viel vom Defizit des **Post-Etats** gesprochen worden. Herr Sattler hat ausgerechnet, daß das Defizit noch größer sein würde, wenn die Eisenbahnen der Einzelstaaten sich ihre Leistungen für die Post richtig bezahlen lassen würden. Demgegenüber möchte ich hervorheben, daß die Post auch Verpflichtungen übernommen hat, die sie nicht vergütet erhält. Sie muß sämtliche Staatskorrespondenzen gratis befördern. Auch die **Fürsten** haben das **Privilegium der Portofreiheit**, das von ihnen in skandalöser Weise ausgebeutet wird. Die gegenwärtige **Krise** würde auch einen Ausfall in den Einnahmen verursacht haben, wenn auch die alten Portosätze geblieben wären. Graf Stolberg sprach von der Wellenbewegung von Krise und Prosperität. Dieser Wechsel von Prosperität und Krise ist keine Wellenbewegung, die immer mehr und immer sein wird. Die Krise hängt mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen. Sie wächst in dem Maße, als vorher die Prosperität gestiegen ist. Manche Leute, und zu ihnen gehört auch der Reichsbank-Präsident Dr. Koch, meinen, die Krise habe ihren Höhepunkt schon überschritten. Ich glaube das nicht. Wir haben unsere Produktions- und Arbeitsmittel so vermehrt, daß wir bei normaler Arbeitszeit viel mehr Waren fabrizieren können als etwa noch 1894. Die kapitalistische Produktion ist aber **anarchisch**, sie kann das Maß der Waren, das gebraucht wird, nicht mehr ermessen. Mangelt der Absatz, so stockt auf einmal die ganze Produktion. Eine Einschränkung der Produktion, wie sie durch die abnehmende Kaufkraft der Bevölkerung hervorgerufen wird, bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit, Verminderung der Löhne und damit Elend und Arbeitslosigkeit für Hunderttausende von Familien. So erzeugt die Krise, wie ein ins Wasser geworfener Stein immer größere Kreise zieht, immer weitere Kreise [illegible] in einer Einschränkung ihrer Konsumtion, bis endlich der Tiefpunkt erreicht ist und allmählich wieder ein Aufsteigen erfolgt. Eine Aenderung wird nur möglich sein, wenn man Produktion und Bedarf für jeden einzelnen Artikel statistisch feststellen lassen wird. Es wird einmal eine Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft sein, diesen Zustand herbeizuführen. Die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren anarchischen Produktionsverhältnissen ist dazu nicht im stande. (Oho! rechts.) Das **Kohlensyndikat** arbeitet gegenwärtig trotz der Krise noch immer darauf hin, die Preise für das Inland möglichst hochzuhalten, während es dieselben Kohlen zu billigeren Preisen auf den ausländischen Markt bringt. Das Verhalten hat bei mir und meinen Freunden schon lange die Ueberzeugung wachgerufen, daß auf diesem Gebiet die Staatsgewalt einzugreifen hat.

Das Bestreben muß darauf gerichtet sein, den gesamten Kohlenbau, die gesamte Kohlenproduktion zu verstaatlichen. Die Syndikate haben einerseits einen ungemein harten Druck auf die Arbeiter ausgeübt, ihnen das Koalitionsrecht erschwert oder sogar unmöglich gemacht und auf der anderen Seite die inländischen Konsumenten gezwungen, ihre Waren zu teureren Preisen abzunehmen, als das Ausland. Weiteres zu dieser Frage wird bei den wirtschaftlichen Debatten zum Zolltarif gesagt werden müssen.

Daß angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Zustände Reich und Staat die Pflicht haben, der **Arbeitslosigkeit**, dem Elend und der Not der großen Massen mit allen Kräften entgegenzuarbeiten, versteht sich ganz von selbst. Hierüber wird die Interpellation meiner Freunde Gelegenheit bieten zu sprechen. Graf Stolberg meinte, auch die [illegible] von Marinebeschäftigungen müssen angesichts der betreffenden Arbeitslosen die Forderungen des gegenwärtigen Etats im Interesse der

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Wochenspielplan der königlichen Hoftheater. Opernhaus. Montag, 13. Januar: Der fliegende Holländer. (Anfang ½8 Uhr.) Dienstag: Die Zauberflöte. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: Das Mädchen [illegible]. (Anfang ½8 Uhr.) Donnerstag: Fra Diavolo. (Anfang ½8 Uhr.) Freitag: IV. Sinfoniekonzert, Serie B. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Feuersnot. Der Bajazzo. (Anfang ½8 Uhr.) Sonntag, 19. Januar: Tannhäuser. (Anfang 7 Uhr.)

Schauspielhaus: Montag, 13. Januar: Zur Feier von Bauernfelds 100. Geburtstag, neu einstudiert: Bürgerlich und romantisch. (Anfang ½8 Uhr.) Dienstag: Die Schule der Ehemänner. Die Schule der Frauen. (Anfang ½8 Uhr.) Mittwoch: Schneewittchen. (Anfang ¼4 Uhr.) Der erste Liebhaber. (Anfang ½8 Uhr.) Donnerstag: Zur Nachfeier von Grillparzers Geburtstag: Des Meeres und der Liebe Wellen. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Ueber unsere Kraft, 1. Teil. (Anfang ½8 Uhr.) Sonnabend: Ueber unsere Kraft, 2. Teil. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag, 19. Januar: Schneewittchen. (Anfang ¼4 Uhr.) Der Herrgottschnitzer von Ammergau. (Anfang ½8 Uhr.)

Das Residenztheater hat ein „Zugstück" gefunden in der von Adolf Mylius verfaßten dreiaktigen Gesangsposse Der Brautvater, zu der Herr Heinrich Platzbecker eine von mir nicht zu beurteilende Musik geschrieben hat. Das Stück hebt sich dadurch einigermaßen vom gewöhnlichen Possengenre ab, daß es mit Satire durchsetzt ist. Aber leider ist diese Satire, die sich gegen den Sittlichkeitsfanatismus der lex Heinze-Männer richtet, sehr [illegible] Art, da sie allen Geistes bar ist, andernteils hält sie nicht lange, nicht einmal einen Akt lang, vor. Die Hauptsache sind bei dieser Posse abermals plumpe Verwechselungen und blödsinnige Witze. Daß Herr Kowa, bekannt durch seinen Glauben an sich und seinen Mangel an künstlerischem Feingefühl, sein Bestes im Werke geben würde, war vorauszusehen; er hat mit Kalauern und Couplets nicht gespart und damit seinem Werke einigen Erfolg gesichert. Zu einer eingehenden Besprechung des Stücks liegt aber kein Anlaß vor. — Die Aufführung hatte einen sehr frischen Zug. Da wir hier von den musikalischen Leistungen absehen und uns nur an die schauspielerischen Leistungen halten, verdient in erster Linie Herr Witt genannt zu werden; er spielte die Rolle eines jüdischen Bankiers mit köstlicher Eleganz durch, mit einer liebenswürdigen, feinen Komik, wie wir sie im Residenztheater nur selten zu sehen bekommen. Das Publikum schien bei der ersten Wiederholung des Brautvaters an Stück und Musik gleich großes Wohlgefallen zu finden.

gm.

Konzerte. (Eda Elmann. — Richard Strauß, Wüllner. — Lamond III.) Die bedeutendste musikalische Veranstaltung der vergangenen Woche war das am Donnerstag im Musenhaus von Dr. Ludwig Wüllner gegebene Konzert, ein ausschließlich dem Schaffen Rich. Strauß' gewidmeter Liederabend. Der Abend war mehr wie bloße Sensation. Er war ein künstlerisches Ereignis, das seine Hauptbedeutung noch durch die persönliche Mitwirkung des Komponisten am Klavier erhielt. Vorgetragen wurden im ganzen 19 Lieder, und zwar in der Reihenfolge ihrer Entstehung, so daß man an diesem einen Abend ein [illegible] Bild der Entwickelung des Komponisten gewinnen konnte. Freilich nur auf einem eingegrenzten Gebiet. Aber auch hier zeigt sich das stete Fortschreiten des Tondichters, sowohl in rein musikalischer, als auch in formaler Hinsicht. Man merkt, wie Strauß immer mehr zu dem Ideal einer Liedervertonung fortschreitet, das in immer [illegible] Verschmelzung der Singstimme und des Klaviers besteht. Nicht mehr eine mehr oder weniger selbständige Klavierbegleitung oder eine ausschließliche Herrschaft des Gesanges ist es, worauf die Zukunft in der Liedkomposition hinweist. Eine stete organische Ergänzung beider, ein auch in der Melodie geschlossenes Zusammenwirken bildet das Endziel. Es ist etwas ähnliches in der Form, was Richard Wagner in seiner unendlichen Melodie für die Oper schuf. Natürlich bedingt das kleinere Ausdrucksgebiet des Liedes andere Mittel wie das große der Oper. Aber wie sich hier die Instrumente von der nur auf Orchesterbegleitung angewiesenen Gesangsstimme auf die Höhe einer Ausdrucksform schwang, die Wort, Gesang und Orchester gleichermaßen zum Wohle des Ganzen berücksichtigt, so strebt auch die Liedkomposition danach, Text und Musik, bei letzterer wieder Gesang und Klavier, einheitlich zu verbinden und zwar zu dem höheren Zweck, nicht ein Lied zu komponieren, sondern dem im Texte angedeuteten Gedanken durch die Musik zum vollen Durchbruch zu verhelfen. Schon bei Franz Schubert findet sich ein unbewußtes Tasten nach dieser Richtung. Er fand aber für lange Zeit keinen Nachfolger, fast alles, was Lieder komponierte, berief sich auf die Autorität Rob. Schumanns. Dieser gab hauptsächlich der Klavierbegleitung einen großen Reichtum des Ausdrucks und führte diese eine Zeit der Liedkomposition weiter. Doch bleibt bei ihm immer das Klavier das begleitende Instrument und darüber hinaus ist es sogar noch bei Johannes Brahms nicht gekommen. Die modernen, nicht auf dem Boden der Romantik stehenden Liederkomponisten haben dann den großen Schritt gethan. Nicht plötzlich, fast ganz von selbst hat sich der Umschwung vollzogen. **Einer der bedeutendsten Pfadfinder war der unglückliche Hugo Wolf.** Neben ihm muß als erster Meister der neuzeitlichen Liedkomposition Richard Strauß genannt [werden]. In ähnlicher Weise suchen beide Tondichter von vornherein die bezeichnende Stimmung herzustellen, auf der als Untergrund sich alle im Liede vorkommenden Ergebnisse und Seelenregungen abspielen. Aus der Menge der am Donnerstag zu Gehör gebrachten Gesänge besonders gelungene hervorzuheben, hat wenig Zweck. [illegible] ihrer Art ragten sie alle über die üblichen Durchschnittskompositionen hinaus. Es war aber interessant zu beobachten, wie in der mit op. 10 beginnenden Sammlung die Melodie noch Beethovensche Einfachheit zeigte, wie in den verschiedenen Liedern mit den Opuszahlen 26 bis 29 die Begleitung überwog, und wie dann ein immer größerer Reichtum des Ausdrucks sowohl in der Melodie, wie in der Harmonie sich geltend machte und Hand in Hand damit die Bezeichnung des Wortes immer genauer wurde. Die Ausführung des Klavierparts kann man wohl kaum besser hören, wie durch Strauß selber. Es war weder farblose Unterordnung unter den Sänger, noch selbstherrliches Dominieren, es war, gerade wie in der Komposition, die Ergänzung der Singstimme. [illegible] Herr Wüllner war nicht so gut bei Stimme wie an seinem ersten Liederabend im November, infolge dessen war die klangliche Wirkung beeinträchtigt. Besonders die hohen Töne litten darunter. Seiner Vortragskunst that das jedoch keinen Eintrag. Der suggestive Einfluß auf das Publikum war auch diesmal vorhanden.

Der andere Liederabend der Woche fand zwei Tage vor dem Wüllnerkonzert, nämlich am Dienstag statt. Frau Eda Elmann, die von Herrn Karl Elmann am Klavier begleitet, eine Anzahl der verschiedensten Komponisten vortrug, [illegible] Sopranstimme. Die Höhe ist nicht tadellos. Sie klingt im Forte scharf und im Piano unsicher. Die Vortragskunst der Sängerin verweist sie auf das leichte, graziöse Gebiet. Wo Größe des Ausdrucks verlangt wird, wie in der Allmacht von Schubert und im Befreit von Rich. Strauß, versagt sie; dagegen hat Frau Elmann in den [illegible] [illegible] Schade war, daß [illegible] Leistungen durch die völlig unzulängliche Begleitung des Pianisten beeinträchtigt wurde. [illegible]

Die Woche wurde beschlossen durch den dritten Beethovenabend Frederic Lamonds, der wieder einmal einen „hatten" Tag hatte. Dazu kam noch die Neigung, Melodienoten herauszustechen, anstatt sie

Arbeiter bewilligen. Ich erkläre demgegenüber, daß die Sozialdemokratie auch unter den gegenwärtigen Umständen für derartige Bewilligungen nicht zu haben sein wird und zwar in Rücksicht auf die Konsequenzen einer derartigen **Bewilligung** für unsere gesammte politische Stellung den Marine- und Militärforderungen gegenüber. Warum hat Graf Stolberg nicht erklärt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen **alles aufbieten werde**, daß die **Kanalvorlage** sobald wie möglich im preußischen Abgeordnetenhause zur Verabschiedung gelange. (Unruhe rechts. Sehr gut! b. d. Soz.) Dabei handelt es sich um mehr als 400 **Mill. M.** Ueberhaupt würde eines wirklich kulturellen Staates eine solche **Riesenfülle von sozialen und Kulturaufgaben**, daß eine Milliarde nicht ausreichen würde, um alles das auch nur einigermaßen zu befriedigen, was ich Ihnen vorschlagen könnte. Damit würde Arbeit geschaffen werden für Hunderttausende von Arbeitern.

In Bezug auf die **soziale Reform** sind wir auf einen **toten Punkt** gekommen. Alles, was in den letzten Jahren geschehen ist, ist nur **Stückwerk, Flickwerk**; keine einzige einschneidende große Maßregel ist getroffen. Es wäre endlich an der Zeit, im deutschen Reiche einen **Normalarbeitstag** von zunächst 10 Stunden einzuführen, der dann bis auf 8 Stunden herabgehen müßte. Im Jahre 1872 — diese Reminiszenz dürfte besonders die Herren von der Rechten interessieren — fand in Eisenach eine Konferenz ländlicher Arbeitgeber statt, auf der ein Antrag des bekannten konservativen Sozialreformers Rudolf Meyer und eines mecklenburgischen Konservativen angenommen wurde, in dem die **gesetzliche Einführung einer Normal-Arbeitszeit von wöchentlich 56½ Stunden gefordert wurde** (Hört, hört! bei den Soz.), nicht allein für die Industrie, sondern auch für die Landwirthschaft. Darauf hat der Geheime Regierungsrat Wagener, der ebenfalls auf jener Konferenz anwesend war, dem Fürsten Bismarck eine Denkschrift eingereicht, in der eine einschneidende soziale Reform als Aufgabe der Reichsregierung bezeichnet wurde, um auf diese Weise die katholischen Arbeiter dem Zentrum abspenstig zu machen. Zu diesem Zweck überreichte Geheimer Rat Wagener der Regierung einen Gesetzentwurf, in dem eine wöchentliche Normal-Arbeitszeit von 56½ Stunden gefordert, Ueberstunden ausdrücklich ausgeschlossen und für die Frauen und Kinder weitere Verkürzungen der Arbeitszeit vorgesehen wurden. Für die ländlichen Arbeiter sollte die Arbeitszeit im Frühjahr und Herbst nicht über 11 Stunden, im Sommer nicht über 12 Stunden betragen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Heute, **nach 30 Jahren**, ist dieser Gedanke noch ebensowenig Gesetz wie damals. Was würden die Konservativen sagen, wenn wir Ihnen heute diesen Gesetzentwurf mit zeitgemäßen Aenderungen wieder vorlegten?

Wir verlangen auf sozialem Gebiete ferner einen **Gesetzentwurf** betreffend **das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit** und **Beseitigung der Mißstände der Heimarbeit**. Mit den Vorschlägen, die das Reichsamt des Innern uns macht zur Erweiterung der jetzt bestehenden Kommission für Arbeiterstatistik, sind wir in keiner Weise zufrieden. Wir verlangen eine vollständige gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, wie sie für das Unternehmerthum in den Landwirthschaftskammern, in den Handels-, den Gewerbe- und Handwerkerkammern besteht. **Haben die 13 Millionen Arbeiter weniger Anspruch auf eine gesetzliche Vertretung**, wie die 5½ **Millionen Unternehmer?** Aber freilich, nach der ganzen Haltung des Reichsamts des Innern sind wir überzeugt, daß es auch weiterhin Reformen auf diesem Gebiete hinauszuhalten bestrebt sein wird.

Ich bin überzeugt, daß in unserem **Etat** auch fernerhin die Ausgaben wachsen, die Einnahmen mindestens nicht steigen werden. Sie haben ja bereits alles besteuert, was überhaupt zu besteuern möglich ist. Welcher Gegenstand soll noch weiter besteuert werden, der eine nennenswerthe Summe einbringen könnte. Das Zentrum hat ja seine Phantasie, um die sogenannte Luxussteuer auszubauen, nach allen Richtungen angestrengt, trotzdem haben sich die Einnahmen nicht vermehrt. Die Herren haben sich mit ihren Steuerprojekten sehr verrechnet. Auch die Börsengeschäfte sind in einer Weise besteuert worden, die den Börsenverkehr nothwendig beeinträchtigen mußte. Wir haben **vorher** auf das Verkehrte dieser Art von Besteuerung aufmerksam gemacht. **Die** sechs letzten Jahre haben uns immer mehr Ausgaben gebracht; **immer** höher ist die Schuldenlast des Reiches gewachsen, durch die **Flottenvorlage** sind dauernde Ausgaben festgelegt worden. Daß da **die Schuldenlast** größer geworden ist, wie kann man sich darüber **wundern!** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Jahre **1888** hatte das Deutsche **Reich 884** Mill. Schulden; am 1. Sept. 1901 war diese Schuldenlast auf **2696** Mill. M. gewachsen. 110 Mill. Anleihekredit waren noch vorhanden und 182 Mill. M. **werden** neu gefordert, so daß jetzt die Schuldenlast auf 2988 Mill. M. gestiegen ist. Die dritte Milliarde ist voll und im nächsten Jahre **marschieren** wir flott in die vierte Milliarde Schulden hinein! **Der** Schatzsekretär hat uns **versichert**, daß die Regierungen alles aufgeboten haben, die Ausgaben zu beschränken, um die Einzelstaaten statt mit 60 nur mit 24 Mill. M. zu belasten. 36 Mill. M. Ausgaben sind also gestrichen. In der Oeffentlichkeit ist gesagt **worden**, daß eigentlich 100 Millionen Mark zu **decken** waren, daß **aber** in Rücksicht auf die einzelnen Staaten die Ausgaben **entsprechend** herabgesetzt worden sind. Wie **lange** werden denn die Herren **von der** Regierung uns warten, wann werden sich denn der Kriegs- **und der** Marineminister von neuem anmelden? Die 36 Mill., die jetzt gestrichen sind, bleiben schweben und werden wahrscheinlich im nächsten Jahre gefordert werden. Wie ist nicht der **Militär-** und **Marine-Etat** gewachsen. Er beträgt gegenwärtig **1039 Mill. M.**, vor **13 Jahren** aber betrug er nur **653 Mill.** und darunter befanden sich 174 Mill. für außerordentliche Ausgaben für die Kosten der im Vorjahre bewilligten Heeresverstärkung. In diesem Etat sind die einmaligen außerordentlichen Ausgaben verhältnißweise niedrig, sonst würden wir einen Militär- und Marine-Etat von rund 1100 Mill. vor uns sehen. Herr Bachem hat nun den Nationalliberalen lebhaft vorgeworfen, daß sie die Mehrausgaben nicht verhindert hätten. Ach, meine Herren vom Zentrum, konnten Sie sich wirklich nicht reinwaschen!

Sie tragen **die Verantwortlichkeit für die Zustimmung**, die Sie gegeben haben. Die Nationalliberalen gingen voran, **und Sie folgten** getreulich nach. Geht **nicht zwischen Zentrum und Nationalliberalen ein beständiges Wettrennen** um die Gunst der Herren von der Regierung? (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wie kann **man sich aber** besser **die Gunst der Regierung** erwerben, als durch Bewilligungseifer, als dadurch, daß man mit vollen Händen giebt, was **verlangt wird**. (**Sehr richtig! bei den** Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum **und bei den Nationalliberalen**.) So sind wir in die Militärausgaben hineingekommen. **Man hat der Regierung** hier und in den Landtagen **Vorwürfe wegen der Ausgabenhöhe** gemacht. Das verstehe ich wirklich nicht. **Von der Regierung kann man** doch nicht verlangen, daß sie spart. **Es liegt in der Natur jeder Regierung**, daß sie ihre Machtmittel zu stärken sucht. **Aber Sie sind als Volksvertreter** dazu da, **diesen Aspirationen zu widerstehen**! **Ist denn der Reichstag nur eine Jasagemaschine?** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als Vertreter des Volks, die Sie mit dem Volke in Verbindung stehen, haben Sie die Pflicht, gegen derartige Forderungen der Regierung zu protestieren und sie niederzustimmen. Verschonen Sie also die Regierung mit solchen **Vorwürfen**! **Was vom Widerstand** des Bundesraths zu halten ist, nun, **das wissen wir alle**. **Was** hier in Berlin gepfiffen wird, danach tanzt man in Karlsruhe, München und Stuttgart, und wenn den **Herren die Melodie noch so unangenehm** ist. (Sehr gut! und Heiterkeit **links**.) **Aber wir Volksvertreter sind zum Widerstande** da. Sagen Sie also nicht: böse Regierung! sondern böse Volksvertretung! (**Bravo! bei den Sozialdemokraten.**) Sie haben sich zu bessern. Der Schatzsekretär **hat eine Bier- und Tabaksteuer** angekündigt. Für seine Interessen hat er den Moment gewiß sehr ungünstig gewählt. Uns ist aber **diese Ankündigung** gar nicht so unangenehm. Gewiß ist es richtig, daß **wir Agitationsstoff** in Hülle und Fülle haben. Aber wir können davon gar nicht genug bekommen. (Große Heiterkeit und Beifall bei den **Sozialdemokraten**.) Es macht sich ja sehr gut, wenn Sie (zur **Regierung**), die Sie überhaupt **kein Lebensmittel** mehr **unversteuert** gelassen haben, jetzt **bereits dazu kommen**, auf bereits **versteuerte** Gegenstände abermals höhere Steuern zu legen. (**Bravo!** bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, wenn man mehr Ausgaben macht, muß man für mehr Einnahmen sorgen. Wie der Schatzsekretär aber ein anderes Steuerprogramm ersinnen wird, ist mir unerfindlich. Er kann sich anstrengen Tag und Nacht, ich glaube kaum, daß ihm etwas einfallen wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er müßte denn etwa auf den Gedanken kommen, Luft und Wasser zu besteuern. (Heiterkeit links. Abg. Oertel: Klaviersteuer!) Also Herr Oertel entpuppt sich als Finanzmann! (Große Heiterkeit.) Besteuern Sie nur die Klaviere! Dann werden weniger gekauft und die Arbeitslosigkeit der Verfertiger wächst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Gebiet der alten Steuerprogramme ist die Regierung bankrott. Das einzige Mittel, der Finanznot des Reiches abzuhelfen, ist eine **Reichs-Einkommen-** und **Vermögenssteuer**. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer erhält denn das Reich? Wer stellt denn die Soldaten? Wer trägt denn die Reichssteuern? Das ist das Proletariat. (Lärm rechts.) Das sind die Arbeiter, die kleinen Leute, die große Masse der Bevölkerung. Die bringen die Mittel durch die Steuern auf Getreide, Fleisch, Petroleum, Salz, Bier, Zucker usw. auf. Wenn die Reichen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu den Lasten herangezogen würden, sie würden am lautesten schreien und alle republikanisch werden, wenn die Einkommensteuer auf 5 Prozent erhöht würde. Im sächsischen Landtage haben die Konservativen den von der sächsischen Regierung beabsichtigten Gesetzentwurf verhindert, der eine Erhöhung der Vermögenssteuer vorsah. (Widerspruch des Abg. Dr. Oertel.) Das wissen Sie nicht, Herr Oertel? Sie scheinen in sächsischen Dingen wenig Bescheid zu wissen. (Heiterkeit.) Die Finanzlage ist so ungünstig wegen der fortwährend steigenden Ausgaben für Militärzwecke. Die 7000 Mann aus dem letzten Quinquennat, die damals gestrichen wurden, bleiben Ihnen deswegen nicht geschenkt. Wenn der Kriegsminister die Forderung jetzt nicht gestellt hat, so weiß er warum. Die Bewilligung wäre in diesem Augenblicke einfach unmöglich. Vielleicht hat er im Bundesrat die 7000 Mann schon gefordert und sie sind ihm schon da gestrichen worden. (Heiterkeit.) Nun hat der Kaiser sowohl in Hamburg als auch in Danzig nach der Entrevue mit dem Zaren den europäischen Frieden für lange Zeit als gesichert erklärt. (Redner verliest die betreffenden Stellen aus den kaiserlichen Reden. Der Vizepräsident Graf v. Stolberg hört die Verlesung stehend an.) Wie reimt es sich damit zusammen, daß **wir von Jahr zu Jahr neue Militärkräfte bewilligen**, gleichsam als hätten wir nichts Wichtigeres zu thun, als unsere besten Leute in den bunten Rock zu stecken. Auf der anderen Seite wird aus hohem Munde freilich über **Weltpolitik** gesprochen, es heißt da in einer Rede: Der Punkte werden immer mehr, an denen wir unsere Rüstungen aufhängen können. Mit dieser Weltpolitik steht wieder die ganze Zolltarif-Politik im Widerspruch. Es ist begreiflich, daß man da zu einem gewissen **Pessimismus wegen des Dreibundes kommt**. Ich gebe dem Kollegen Richter vollkommen recht, der gesagt hat, daß sich, je mehr sich die Punkte mehren, an denen wir „unsere Rüstungen aufhängen können", auch der Konfliktsstoff vermehren muß. Es ist mir durchaus erklärlich, daß die Kontrahenten des Dreibundes von einer gewissen Sorge erfüllt werden, wenn sie diese Art unserer Weltpolitik beobachten. Auf der anderen Seite sehe ich ebenso fest, wenn wir erst die Politik der freien Hand in ganzem Umfange ausführen, wir dann noch viel tiefer in unseren Geldbeutel werden greifen müssen. Der Abg. Oertel hat über den Dreibund gespöttelt und gesagt, er sei eigentlich nur Italien und Oesterreich zuliebe geschlossen worden. Fürst Bismarck war nicht der Mann, irgend einer anderen Nation etwas zuliebe zu thun. Nach dem Zusammenbruche des Dreikaiserbündnisses war der Dreibund eine politische Nothwendigkeit. Es versteht sich doch aber nun von selbst, daß, wenn wir mit der Möglichkeit eines großen Krieges zu rechnen haben, wir nicht alle unsere Kräfte soweit ausgeben, **daß für den** Krieg nichts mehr übrig bleibt. Wenn wir uns nun jetzt schon die Köpfe über den laufenden Etat zerbrechen müssen, wie soll es dann werden, wenn ein Krieg ausbricht. Die 120 Millionen im Juliusturm, die reichen genau gerechnet nur für drei Kriegstage. Ein Oberst, Edler von der Lann, hat in einer Broschüre die Ausgaben eines künftigen Krieges berechnet. Merkwürdigerweise hat er nicht das Jahr 1902, sondern das Jahr 1922 als Grundlage genommen. Ich habe mir die Mühe genommen, die Rechnung **auf den** gegenwärtigen Stand unserer Streitkräfte zurückzuführen. **Der** Oberst berechnet, daß jeder Mann pro Tag 6 M. kosten wird. Wir haben 3½ Millionen aktives Heer, die **täglich 21 Millionen kosten** würden. Unter freiwilligem Aufgebot von 4 Millionen würde 24 Millionen, die gesammte Wehrkraft also 45 **Millionen** täglich erfordern. Das ist in 6 Monaten eine Summe von **8100 Millionen**, in einem Jahre die Summe von 16 200 Millionen. (Lachen rechts.) Ich halte mich doch genau an die Berechnung des Obersten. Ich verstehe also Ihr Lachen nicht. Möglich ist es ja, daß wir kein Jahr Krieg führen können, denn in den ersten acht Tagen werden eine Anzahl europäischer Großmächte den Bankerott ansagen müssen. Die Erfahrungen, die wir in **China gemacht** haben, die sollten **uns doch zur** Vorsicht mahnen.

Herr Bachem ist freilich mit **dem chinesischen Feldzug ganz** einverstanden. Herr Beernaerd, der belgische Minister, ein katholischer Minister, urteilt ganz anders über den Chinakrieg. Er sagte: Es sind in China Befehle gegeben worden von Generalen, die mit den Haager Beschlüssen nicht zu vereinbaren sind. Unser Jahrhundert ist nur in Worten, nicht in Thaten sehr human. (Sehr gut! links.) Das Völkerrecht ist in China mißachtet worden (Hört! hört! links). Gewalt geht vor Recht. (Erneutes **Hört! hört!** links.) So sprach ein belgischer Minister, ein Staatsmann der Gegenwart von dem Chinakrieg.

In einer Neujahrsrede 1901 **wurde gesagt, es sei notwendig** gewesen, daß wir uns einmal mit Thaten befaßten. **In der** „Deutschen Welt" erschien weiter ein Artikel „von einem Offizier", in dem ausgeführt wurde, daß unsre militärischen Uebungen bedauerlicherweise einem Exempel glichen, auf das die Probe nicht gemacht werden könne. Dreißig Jahre Frieden seien zu allen Zeiten ein Verhängnis für ein Volk gewesen, sie bedeuteten ein Padua für unsre Armee. (**Hört! hört!** bei den Sozialdemokraten.)

Anderwärts aber betont der Kaiser immer von neuem in seinen Reden, der Frieden sei auf Jahre hinaus gesichert. **Was sind das für Widersprüche!** — Gegenüber den Ausführungen **der Herren** Bassermann und Bachem wäre es sehr verlockend, **noch einmal** auf die chronologische Entwickelung der Dinge, **wie sie zu dem** Gesandtenmord in China führten, ausführlich einzugehen. **Mit** Rücksicht auf **die** weit vorgerückte Zeit will ich es **unterlassen**. Aber ich will doch daran erinnern, daß der Aufstand der Boxer die **notwendige Folge** des **Verhaltens der Mächte und überhaupt der Fremden in China war**. Ich erinnere an die Wegnahme von Kiautschou, die Besetzung Port Arthurs, **von Wei-hai-Wei** usw., an die rücksichtslose Art, wie die Fremden gegen die Chinesen im Lande vorgingen, kurz, an die ganze Reihe von **Maßregeln**, die in jedem anderen Volke längst den höchsten Grad **der Erbitterung** gegen die fremden Eindringlinge hervorrufen mußten. **Ich** erinnere daran, daß am 13. Juni, 6 Tage vor der Ermordung unseres Gesandten, **deutsche Soldaten von den Wällen der deutschen Gesandtschaft auf friedlich zusammenstehende Chinesen geschossen** und 7 bis 8 derselben getötet wurden. **Durch all diese** Maßregeln ist das **Völkerrecht** auf das **schwerste verletzt worden**. Die Ermordung **des** deutschen **Gesandten** geschah **unter dem** Eindruck der Erstürmung der Takuforts. **An demselben Tage erging** in Peking der **Befehl** an die Truppen, jeden **Europäer, der ihnen begegnete**, zu erschießen. Das ist in dem Verhör des sogenannten **Mörders des** Baron v. Ketteler festgestellt worden. Der betreffende chinesische Offizier, der diesem **Befehl** nachkam, hat damit nichts gethan, als nach deutschen Begriffen seine Pflicht als getreuer Soldat zu erfüllen. (**Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.**) Er that nichts anderes, als wenn unsere Soldaten auf Befehl auf Vater und Mutter schießen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Offizier hat sich noch erkundigt, ob der Befehl wirklich so gelautet habe. Er ist dann erschossen worden und sein Kopf ist in Spiritus gelegt und nach Deutschland überführt worden. Es wäre mir interessant, zu erfahren, wer in Deutschland einen so perversen Geschmack hat, den Kopf dieses Mannes in Spiritus sehen zu wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er ist nach **Berlin** geschickt worden; vielleicht ist einer der Herren am Regierungstisch so freundlich, mir über diese Handlungsweise Aufschluß zu geben.

Als seiner Zeit der Kopf des Majors Schill in Spiritus **gelegt** wurde, erregte dies Entrüstung in ganz Europa. Jetzt, hundert Jahre später, sollte man annehmen, wäre so etwas unmöglich. Aber wir sind ja bei dieser Expedition überhaupt an wunderbare Dinge gewöhnt worden, vor allem an **jene Parole, nach der nach meiner Ueberzeugung voll und ganz in China gehandelt wurde: gebt keinen Pardon, benehmt Euch so, daß auf tausend Jahre kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.** Nun, damit ist es etwas anders gekommen. Wir haben ja das chinesische Prinzlein bei uns gesehen, es hat den Kotau nicht gemacht, den man von ihm verlangte. Es hat sich nicht einschüchtern lassen, wohl aber hat man sich in Berlin einschüchtern lassen. Wollte man nicht vor der ganzen Welt durch das Scheitern der Sühnemission blamiert sein, mußte man dem chinesischen Prinzlein nachgeben und das ist auch zum Gaudium des ganzen Auslandes geschehen. **Ich bin** zufällig in einem Zuge mit den Herren von der chinesischen Sühnekommission gefahren, aber ich habe nur gesehen, daß die Herren ganz liebenswürdige und freundliche Gesichter gemacht haben, und so dreinschauten, als ob sie sich ganz wohl fühlten bei uns. **Von einem Scheel-**

---

gesangvoll erklingen zu lassen. Auch die Ausarbeitung der Stücke ließ nicht alles zur Geltung kommen, was an musikalischen Schönheiten und thematischer Arbeit vorhanden ist. So ließ die Wiedergabe der Variationen der As-dur Sonate op. 26 mehrfach den melodischen Faden vermissen. Besonders aber versagte Lamond an leidenschaftlichen Stellen, oder wo Beethoven innigste Empfindung und sehnsuchtsvollen Ausdruck verlangt. Am besten geriethen ihm die Variationen op. 76 über den türkischen Marsch. d.

eg. **Das neuentdeckte Säugetier Okapia im Aussterben.** Warum die Okapia erst jetzt entdeckt worden ist, obwohl sie doch ein ansehnliches und durch seine zebraartige Streifung auffallendes Tier ist, das liegt ohne Zweifel an dem geringen Verbreitungsbezirk dieses Tieres. Allerdings liegt dieser in einem Teile Afrikas — ganz im Herzen des Kontinents am Aequator —, der noch am wenigsten durchforscht ist und es wäre deshalb nicht ganz unmöglich, daß sich die „Zebragiraffe" auch in benachbarten Teilen auffinden ließe. Sehr zahlreich ist sie jedenfalls nicht, und der Entdecker der Okapia, H. Johnston, ist der Meinung, daß sie in Kürze aussterben werde, wenn nicht besondere Schutzmaßregeln ergriffen würden. Das Fleisch des Tieres ist nämlich bei den Eingeborenen sehr geschätzt; man fängt daher die Okapia in Fallgruben. Der gänzlichen Ausrottung würde das Tier leicht dadurch entzogen werden können, daß man es zähmte. Johnston hält es nicht für unmöglich, daß die Zähmung dieses Tieres wirklich gelingen würde.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Ein Standbild Ernst Haeckels in der Höhe von drei Metern soll in Jena vor dem zoologischen Institut, in dem der große Gelehrte seit 40 Jahren arbeitet, errichtet werden. Dem Berliner Bildhauer Hans Magnussen ist der Auftrag geworden, das Bildwerk bereits jetzt nach der Natur fertig zu stellen, wozu ein Verehrer des Forschers die ansehnliche Summe von 60 000 M. gestiftet hat. Das Standbild soll aber, der Verfügung gemäß, erst nach dem Tode Haeckels enthüllt werden. Vermutlich geht diese Einschränkung von dem Darzustellenden selber aus. —

Der diesjährige Grillparzerpreis wurde, wie aus Wien gemeldet wird, Otto Erich Hartleben für seine erfolgreiche Offizierstragödie Rosenmontag zugesprochen. Der Preis beträgt 3000 Gulden und wird alljährlich für das beste aufgeführte Stück erteilt. —

Henry van der Velde, der seit einiger Zeit in Berlin thätige bekannte Vertreter des modernen Kunstgewerbes, hat, wie die N. A. Z. hört, einen Ruf als Leiter der Weimarer Kunstgewerbeschule erhalten und angenommen. —

Zolas Werke sind von der Zollbehörde des australischen Staates Viktoria auf den Index gesetzt worden. Nachdem das Obergericht des Staates sie für „unanständige Litteratur" erklärt hatte, nahmen die Zollbeamten Melbournes die erste Gelegenheit wahr, eine Sendung dieser Bücher wegzunehmen. —

Nach der Kunstzeitung sind in einer Kiesgrube in der Nähe von Düren (Rheinland) eine Reihe fränkischer Gräber angeschnitten worden. Dabei wurden interessante Funde zu Tage gefördert, darunter als eine besondere Merkwürdigkeit zwei mächtige Plattengräber. —

Vermittelst der drahtlosen Telegraphie Marconis soll Island eine Verbindung mit Europa erhalten. Der Staat bewilligte dafür 175 000 Kronen. —

Ein neues System drahtloser Telegraphie wird demnächst von der englischen Regierung geprüft werden. Der Erfinder heißt T. M. Johnson, die Eigenart seines Systems geht darauf aus, verschiedene Schwierigkeiten und Mängel der bisherigen drahtlosen Telegraphie zu beseitigen. Zur Uebertragung der Signale wird die Erde oder das Wasser benutzt. Die Aufnahme geschieht durch ein gewöhnliches Telephon. Als besonderer Vorzug der Erfindung wird hervorgehoben, daß ihre Anwendung im Kriegsfalle das Auffangen der Signale durch den Feind ausschließt. Ueber den Inhalt des erteilten Patentes wird Stillschweigen beobachtet und es ist nur so viel bekannt geworden, daß bei dem Apparat eine Vorrichtung zum Abstimmen der elektrischen Wellen angebracht ist, wovon das System seinen Namen „harmonische Telegraphie" herleitet. Der Empfänger muß genau in der gleichen Weise abgestimmt sein wie der Sendeapparat. Die Drähte können, wie gesagt, ebensowohl den Erdboden oder eine Wasserfläche als Leiter benutzen. Die Versuche der englischen Regierung werden zunächst an Bord von drei Kriegsschiffen vorgenommen werden.

Eine neue Nordpolfahrt rüstet der kanadische Forscher Kapitän J. E. Bernier aus. Er schätzt deren Kosten auf 600 000 Mark. Im ganzen hat er schon 300 000 Mark bekommen; er hat sich jetzt nach London begeben, um dort die noch fehlenden 300 000 Mark zu sammeln. Kapitän Bernier plant, für sein Unternehmen ein besonderes Schiff von etwa 300 Tonnen zu bauen und mit einem Stab von sechs Gelehrten und acht Seeoffizieren von Vancouver nach der Behringstraße zu gehen, wobei in Port Clarence in Alaska Kohlen und Vorräte an Bord genommen werden sollen. Von dort würde die Reise nördlich bis 150 englische Meilen, nordöstlich von dem Punkte, wo das amerikanische Schiff Jeannette im Eis gefangen war, gehen. Dieser Weg wurde von verschiedenen Walfischfängern und auch von der amerikanischen Vermessungsfahrt von 1881 benutzt. Kapitän Bernier behauptet, daß er dann etwa 150 Meilen näher zum Pol als die Jeannette erst im Eise festsitzen werde. Wenn er dann mit derselben Schnelligkeit wie die Jeannette treibt, würde er in 2½ Jahren 150 bis 160 Meilen dem Pol nahegekommen. Von jenem Punkte an würde ein Teil der Forscher das Schiff verlassen, nachdem vorher Untersuchungen auf dem Eis gemacht worden sind. Bemerkenswert ist besonders ein Versuch, der mit der drahtlosen Telegraphie gemacht werden soll. Während der Untersuchungen sollen die das Schiff verlassenden Forscher mit diesem durch drahtlose Telegraphie in Verbindung bleiben. Sie werden in Zwischenräumen von einer englischen Meile numerierte 18 Fuß lange hohle Aluminiumstangen mit „kondensierten Nahrungsmitteln" aufstellen. Diese Röhren dienen gleichzeitig als Richtungszeichen. Kapitän Bernier selbst wird das Schiff nicht verlassen, bis diese Stangen etwa innerhalb fünfzig Meilen vom Pol errichtet worden sind. Dann überläßt er das Schiff dem Befehl eines anderen und will selber nördlich gehen, bis der Pol erreicht ist. —

Litterarisches. Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 15. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein methodologisches Problem. — Aus dem Menelehen von Plauen-Hochhenst. — Die entwürdigten Hausgewerbschaft in Ostland. — Ein Beitrag zur Geschichte der kaufmännischen Schiedsgerichte. Von einem Augenzeugen. — Von Heinrich Schwarz. I. — Jahresberichte der preußischen Gewerberäte. Von Helene Simon.

Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) bringt in der soeben erschienenen zweiten Nummer des 12. Jahrgangs folgende größere Aufsätze: Sozialpolitischer Mumpitz. — Frauen als Metallarbeiter. Von Lilly Zetk. — Vom Schutz erwachsener Arbeiterinnen im Ausland. Von a. br.

Der wahre Jakob. 19. Jahrg. Nr. 2.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020113/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

anleben war nicht die Rede. **Gefangene sind nicht gemacht worden von unseren Truppen in China.** Wir haben nur immer gelesen: 200 Chinesen tot, 600, 800, anders als abgerundete Hundert wurden überhaupt nicht gezählt; ohne Rücksicht darauf, ob es Männer, Weiber oder Kinder waren, hat man sie niedergeschossen. Das sind Thatsachen, die gewiß nicht dem Ruhme Deutschlands und der europäischen Zivilisation förderlich gewesen sind. Die Kriege in China, in Transvaal, auf den Philippinen sind ein Schandmal für unsere Zivilisation; sie sind ein Zeichen für unserer Zeiten Schande, für die Verwilderung und Verrohung des Völkerrechts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Die **Wegnahme der Pekinger Instrumente** hat auch Herr Dr. Bachem auf dem Osnabrücker Katholikentag als einen **Raub** bezeichnet, den man sich deutscherseits habe zu schulden kommen lassen und der Strafrechtslehrer v. Liszt hat die Handlung Deutschlands als **völkerrechtswidrig** bezeichnet. Aber diese Wegnahme ist nach dem Zeugnis des Generalleutnants v. Lessel anbefohlen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Lessel hat im Stuttgarter China-Prozeß ausgesagt: Die astronomischen Instrumente von Peking sind allerdings als Kriegsbeute beschlagnahmt worden, teils ihres Kunstwertes, teils ihres materiellen Wertes wegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir hatten Befehl, solche öffentlichen Gegenstände zu beschlagnahmen, um die Kriegskosten zu decken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Kriegsminister, wer diesen Befehl erteilt hat; das ist außerordentlich wichtig. Ist er von dem Grafen Waldersee, dem Höchstkommandierenden in China, ausgegangen? Einerlei aber, von welcher Stelle der Befehl ausgegangen ist, gewiß bedeutet diese Wegnahme einen Verstoß gegen die §§ 129 und 131 des Militär-Strafgesetzbuches, wonach eine Handlungsweise wie die Wegnahme der Pekinger Instrumente als eine Plünderung angesehen wird, die durch das Kriegsgericht bestraft wird. § 131 des Militär-Strafgesetzbuches sieht für solchen als Plünderung anzusehenden Mißbrauch der militärischen Ueberlegenheit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes vor. (Hört, hört! bei den Soz.) Derjenige, der diese Plünderung angeordnet hat, muß auf Grund des Militär-Strafgesetzbuches zur Verantwortung gezogen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch das Protokoll der Haager Friedenskonferenz erklärt, daß Gegenstände und Gebäude, die dem Gottesdienste, dem Unterrichte und der Kunst und Wissenschaft zu dienen bestimmt sind, auch wenn sie dem Staate gehören, als Privateigentum zu behandeln sind. Eine jede Schädigung solcher Gegenstände und Denkmäler sei verboten, und müsse geahndet werden. Wo ist in diesem Falle die Ahndung geblieben, wo sind die Herren zur Verantwortung gezogen, die die Pekinger Instrumente hierher gebracht haben? Die chinesische Regierung ist so gutmütig gewesen, zu erklären: Ihr habt sie nun einmal genommen, behaltet sie, wenn Ihr wollt. (Heiterkeit.)

Ich komme zu den **Vorgängen in Südafrika** und erkläre offen: Was dort an Brutalität, Gewaltthätigkeit und Verletzung des Völkerrechts geleistet wurde, läßt sich nur noch vergleichen mit den Zeiten des 30jährigen Krieges. Ich begreife auch, daß der Minister Chamberlain ärgerlich war über die Haltung der deutschen und der übrigen europäischen Presse diesen Gewaltthaten gegenüber. Ich begreife aber nicht ganz die Aufregung in gewissen Kreisen des deutschen Volkes über die bekannten Aeußerungen Chamberlains. Man hatte keinen Grund, Chamberlains Urteil über die deutsche Kriegsführung zu fürchten. Chamberlain hat auch, soweit ich die Stelle der Rede kenne, nicht nur Deutschland gemeint, sondern auch Rußland, Frankreich, die Vorgänge in Kleinasien usw. ganz direkt bezeichnet. Und es ist doch auch im deutsch-französischen Kriege manches Ungehörige vorgekommen, wie überhaupt in jedem Kriege. (Sehr richtig! b. d. Sozialb.) Wollen Sie bestreiten, daß namentlich nach Sedan, als dieser Krieg von französischer Seite anfing, ein Volkskrieg zu werden, auch deutscherseits eine ganze Reihe von Gewaltthaten vorgekommen sind, die man sehr scharf verurteilen muß? Die Franzosen waren nach Sedan in der Lage der Transvaaler von heute und der Preußen im Jahre 1813. Gegen die **Franctireurs** wurden von **deutscher Seite die strengsten Befehle erlassen**, eine Menge von ihnen wurde **niedergeschossen. Ich möchte die deutsche Armee nicht der Gefahr aussetzen**, in ähnlicher Lage, **wie jetzt die englische Armee zwei Jahre lang einen ähnlichen Krieg führen zu müssen**, ohne Aussicht auf Beendigung betreiben. Glauben Sie nicht, **daß dabei die deutschen Truppen auch verrohen würden?** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einen solchen Charakter nimmt unbedingt jeder Krieg an, wenn einmal die ganze Masse des Volkes sich gegen die Eindringlinge empört. Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat gestern über die Zusammensetzung der englischen Armee gesprochen. Ich möchte dabei an eine Aeußerung des Schwäb. Merkurs erinnern, der auch für Deutschland die Bildung einer Kolonialarmee aus ähnlichen Elementen empfiehlt. Dieses Blatt schrieb im Jahre 1900, man solle eine starke Kolonialarmee bilden und der Hefe des Volkes und die Insassen der Gefängnisse diesen Truppen zuweisen. „Verwenden wir Offiziere, die in deutschen Garnisonen als nicht ganz fähig erscheinen, zur Führung dieser Kolonialtruppen." (Hört! hört! links.) Auch hier leuchtet die Absicht vor, solche Kriege möglichst roh und brutal zu führen. Also auch in Deutschland erheben sich hochangesehene Stimmen zur Bildung einer Armee aus denselben Elementen, aus denen angeblich die englische besteht und zwar speziell zur Führung des Krieges in China. An den Plünderungen in China haben natürlich auch die Missionare teilgenommen. Die französische Regierung hat ganze Kisten chinesischer Beute in Marseille landen lassen. In Paris ist ein prachtvolles Zelt der Kaiserin von China aufgestellt. Der Bericht des französischen Generals Voyron beschuldigt den französischen Bischof Favrier, daß er eine Menge von 3—400 eingeborenen Christen, durch französische Soldaten eskortiert, zur Plünderung verwendet habe. In Peking seien dabei ganze Wagen mit Silberschätzen im Werte von 3—400000 M. beladen worden. Der Direktor eines New-Yorker Museums wies solche chinesische Kriegsbeute zurück. Dem Museum in Bremerhaven wurden zwei schwerbeschlagene chinesische Thore vom Südthor in Peking überwiesen, die jedenfalls auch durch Plünderung erbeutet wurden. Der amerikanische **General Chaffee bezeugt, daß auf einen getöteten Boxer 50 erschlagene Kulis, Frauen und Kinder kamen.** Ein amerikanischer Missionar beschuldigt besonders die französischen und deutschen Truppen der hervorragenden Beteiligung an den Plünderungen. Wir haben also alle auch über die Vorgänge in China künftig den Mantel der christlichen Liebe zu decken. Der Bischof Anzer sagt in seinem letzten Neujahrswunsch: „Politisch schwankt der Boden, kein Mensch weiß, was aus diesem chinesischen Chaos werden will." Die Bestimmungen des Schlußprotokolls der Mächte enthalten unstreitig die Keime zu neuen Verwicklungen.

Nun sind auch **wieder die Hunnenbriefe** hier zur Erörterung gekommen. Herr Bassermann hat mit rühmendem Wort bedauert, die Hunnenbriefe seien gefälscht und Herr Liebermann von Sonnenberg hat gemeint, ich sei getäuscht worden. **Nein, ich bin nicht getäuscht worden.** Wenn jemand in Bezug auf die Richtigkeit der Hunnenbriefe getäuscht worden ist, **dann höchstens die Regierung.** Ich **halte alles**, was ich in Bezug auf die Hunnenbriefe hier gesagt habe, **aufrecht** und zwar nicht **trotz** der Prozesse, **sondern wegen der Prozesse!** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Bewegung.) In Stuttgart, Frankfurt a. M. und Berlin haben diese Hunnenprozesse stattgefunden. In Stuttgart handelte es sich nicht um die Veröffentlichung eines Hunnenbriefes, sondern um einen Artikel über die Hunnenbriefe. In diesem Prozeß hat **Generalleutnant v. Lessel** als Zeuge gesagt, in Zürich hat man eine Fabrik von Hunnenbriefen entdeckt, neben nur noch der chinesische Poststempel gefehlt habe. Ja, der chinesische Poststempel ist doch gerade die Hauptsache. (Heiterkeit links.) Ich frage: **Hat man den Thäter entdeckt?** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) **Oder** gehört er zu jenen dunklen Ehrenmännern, die für 10, 15 Mark zu haben sind?! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie ungeheuer blamabel ist doch diese Aussage eines Generalleutnants! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Irgend ein [illegible] legt 10, 12 Briefe hin und dann spricht man von einer Hunnenbrief-Fabrik. Zuerst hieß es doch, sie sei in Luzern entdeckt, und einem Unteroffizier beim chinesischen Truppenteil seien 7, 8 Hunnenbriefe mit der Aufforderung zugegangen, sie zur Post zu geben. Der Unteroffizier hat die Sache selbstverständlich gemeldet und es ist nichts aus der Sache geworden. Nun hat man ein großes Geschrei erhoben: jetzt sei entdeckt, von wem die Hunnenbriefe herrühren. Nun, diese Briefe, die man da entdeckt haben will, sind ja gar nicht aus China hinübergekommen. Die Dinge liegen doch nicht so, daß irgend ein Lockspitzel hier jemandem einen Hunnenbrief in die Hände spielt, der damit zu einer sozialdemokratischen Redaktion läuft, die den Brief dann veröffentlicht. So einfältig ist man doch nicht. Das Entscheidende bleibt: **In allen diesen Prozessen ist der Beweis für die Echtheit der Briefe gar nicht zugelassen worden!** (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Bewegung.) Ich habe einst Zeugnis über die Person des Briefschreibers abgelehnt, weil ich erstens nicht autorisiert war, den Namen zu nennen und weil zweitens der Brief nicht in meine Hände, sondern in die Hände der Vorwärts-Redaktion gekommen ist, die den Brief dann veröffentlicht hat. Der Redakteur ist dann überhaupt nicht vernommen worden. Das Gericht hat sich damit begnügt, eine formale Beleidigung festzustellen und während in Frankfurt a. M. auf 3, 4 Wochen erkannt wurde, wurde in Berlin die unerhörte Strafe von 6 Monaten über die angeklagten Redakteure verhängt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nein, mit diesen Prozessen können Sie keinen Staat machen. Sie können die Unrichtigkeit der Hunnenbriefe nicht damit beweisen. Und weshalb hat man nur sozialdemokratische Blätter verklagt. Ich habe hier eine kleine Liste der Zeitungen, in denen Hunnenbriefe erschienen sind; darunter sind der Hannoversche Courier, die Frankfurter Zeitung, der Nürnberger Courier und bürgerliche Blätter in Würzburg, Wiesbaden, Düsseldorf 2c. Außerdem sind ähnliche Thatsachen, wie sie in den Hunnenbriefen stehen, von den Kriegsberichterstattern der Kölnischen Zeitung, des Berliner Lokal-Anzeigers und vom Maler Rocholl mitgeteilt. Besonders Rocholl, der im offiziellen Auftrag in China war, hat schauderhafte Dinge erzählt. Da aber ist keine Klage geführt worden. Die Hunnenbriefe sind von Soldaten an ihre Angehörigen in Deutschland gerichtet worden, und ihre Echtheit kann in keiner Weise bezweifelt werden. Weshalb hat denn die sozialdemokratische Presse und die Presse der übrigen Parteien überhaupt die Hunnenbriefe veröffentlicht? Sie wollte aufmerksam machen auf das Unerhörte einer solchen Kriegführung, sie wollte warnen. Die sozialdemokratische Presse hat das gethan, was zu unterlassen Sie der englischen Presse vorwerfen. Von der englischen Presse behaupten Sie ja immer, daß sie die Schandthaten der englischen Armee in Südafrika vertusche. Hier aber thun Sie über das Gegenteil empört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch auf eine Angelegenheit muß ich eingehen, die in Zusammenhang mit China steht. Ich meine den **Vorgang mit dem Hauptmann v. Feilitzsch**. Der Herr Generalmajor v. Endres hat im Tone höchster Entrüstung dagegen protestiert, daß der mit dem roten Adler-Orden dekorierte **Hauptmann v. Feilitzsch** einen Akt der Feigheit in China begangen habe. Nach den Informationen, die ihm geworden, war mein Parteigenosse Südekum vollkommen berechtigt, einen derartigen Vorwurf zu erheben, um so mehr, als in der bayrischen Kammer **Vollmar den gleichen Vorwurf erhoben hat, ohne daß der bayrische Kriegsminister v. Asch auch nur ein Wort der Entgegnung darauf hatte.** (Lebhaftes hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Bewegung.) Es handelt sich aber noch um etwas **anderes**. Herr v. Feilitzsch ist in der bayrischen Armee nicht wieder aufgenommen worden, weil er sich Militärmißhandlungen hat zu schulden kommen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was also für die bayrische Armee **nicht mehr gut genug ist, ist für die preußische Armee gerade noch gut genug.** (Hört! hört!) Ein wunderbares Licht fällt durch den Vorgang doch auf das bundesfreundliche Verhältnis zwischen Bayern und Preußen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Kann es eine schwerere Beleidigung für den bayerischen Kriegsminister geben, als wenn der preußische Kriegsminister den entlassenen Offizier einstellt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein offiziöses Blatt, die Augsburger Abendzeitung, die aus dem bayerischen Kriegsministerium inspiriert wird, hat hervorgehoben, daß F. in Bayern niemals mehr eine Anstellung gefunden hätte und daß der Vorgang im ganzen bayerischen Offizierkorps Befremden errege. Es wird weiter mitgeteilt, daß der preußische Kriegsminister einem von höherer Stelle an ihn gerichteten Wunsche nachgekommen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Fränkische Courier hat jetzt einen zweiten ähnlichen Fall mitgeteilt, wo ein bayerischer Offizier, der nicht mehr in der bayerischen Armee geduldet wurde, in der preußischen Armee Unterkunft fand. (Hört! hört!) **Nun, wir haben unter den preußischen Offizieren Soldatenmißhandler genug,** so daß wir sie nicht noch aus Bayern her importieren brauchen. (Heiterkeit und Beifall links.) Das beweisen die Verhandlungen vor den Militärgerichten, worauf ich beim Militäretat noch zurückkommen werde. Der Fall Feilitzsch muß geradezu desorganisierend auf die Armee wirken! (Sehr richtig! links.) Der Generalmajor v. Endres hat uns Danaer genannt, von denen er keine Geschenke will. Wir bringen ihm auch keine Geschenke. Ist ihm das, was wir sagen, angenehm, so haben wir nichts dagegen, ist es ihm unangenehm, um so besser. (Heiterkeit!) Mein Freund v. Vollmar hat sich im bayrischen Landtage über die Affaire v. Feilitzsch in den schärfsten Worten geäußert, ohne daß ihn der Kriegsminister mit einem Wort widerlegt hätte. Vollmar sagte, v. Feilitzsch hat in China das fortgesetzt, was er schon in Bayern vorher getrieben hat, er hat die Soldaten geschunden. In China wollte er, als er den Befehl bekam, ein Dorf zu stürmen, nicht mehr vor die Front, weil er die eigenen Soldaten in seinem Rücken fürchtete. Der bayrische Kriegsminister hat ihn nicht mehr in die bayrische Armee aufgenommen. Er ist auch wegen der in China verübten Mißhandlungen bestraft worden. In Preußen erhält er einen Orden und wird mit dem alten Patent wieder in die Armee eingestellt. Wenn man das in Bayern als illoyal empfindet, so hätte man vollständig recht. Der bayrische Bevollmächtigte wollte das nicht Wort haben. Wenn man am Bundesratstische sitzt, ist man Diplomat, und ist man Diplomat, so hat man die Sprache, um die Gedanken zu verbergen. (Große Heiterkeit.)

Nun hat uns Herr v. Kardorff gelegentlich der Zolltarif-Debatte unsere französischen Genossen als Muster hingestellt. Die Sozialdemokraten jedes Landes handeln in der inneren Politik ganz nach ihrem jeweiligen Ermessen. Wir fragen nicht die französischen Genossen, wie wir handeln sollen. Diese würden sich ebenso unsere Einmischung verbitten. Frankreichs Agrarverhältnisse, Steuerverhältnisse sind ganz andere wie bei uns.

Daraus erklärt sich die veränderte Haltung unserer französischen Parteifreunde. Wir handeln so, wie wir es vor unsern Wählern verantworten können, und wir werden aus den Gründen, die wir Ihnen ja bei der Zolldebatte schon angeführt haben, gegen jede Zollerhöhung stimmen. Interessant war mir, aus der Rede des Herrn v. Kardorff zu hören, weshalb unsere französischen Genossen für die Getreidezölle gestimmt haben, um nämlich die Bauern für die Republik zu gewinnen. Wir haben in Deutschland keine Republik und können uns schon aus diesem Grunde nicht für eine Zollerhöhung begeistern. Ich will aber ausdrücklich erklären, unsere Stellung zur Republik hat mit unserer Haltung zur Agrarfrage nichts zu thun, bestimmend sind für uns die wirtschaftlichen, die Arbeiterinteressen, die durch den Tarif auf das schwerste geschädigt werden. Herr Bassermann sucht uns mit der Obstruktion graulich zu machen. Wir werden diese Obstruktion mit allen legalen Mitteln, die Verfassung und Geschäftsordnung gewähren, durchführen. Wollen Sie versuchen, uns daran zu hindern, so wird Ihnen das nicht gelingen! Das versichere ich Ihnen schon heute, daß Sie diesen Zolltarif nicht bekommen werden. Auch die Landarbeiterfrage ist vielfach in der Debatte gestreift worden. Im **Herrenhause** wurde neulich erklärt, daß man die nach dem Westen gezogenen Arbeiter **nicht mehr nach dem Osten zurückhaben wolle**, weil sie bereits mit der Sozialdemokratie im Westen in Verbindung gekommen seien. Im landwirtschaftlichen Ausschuß der Provinz Brandenburg erklärte ein Herr Schrader-Alt-Landsberg, daß der Lohn für die Landarbeiter infolge der Rückwanderung von Industriearbeitern bereits beträchtlich gesunken sei. Ich hätte also vollkommen recht, wenn ich sagte, auch nach Annahme des Zolltarifs werden die jetzigen Hungerlöhne weiter bezahlt werden. Das entspricht ja auch ganz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung; mit dieser haben wir nichts gemein und daher verwerfen wir [illegible] vorliegenden Etat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler **Graf v. Bülow**: Der Herr Vorredner hat auf eine Rede, die Se. Majestät der Kaiser im vorigen Jahre in Cuxhaven gehalten hat, Bezug genommen. Dieser Rede lag jeder annektionistische Gedanke fern, sie war eine reine Friedenskundgebung. — Dann hat sich der Herr Vorredner bemüht, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen jener Rede Sr. Majestät und unserer Wirtschaftspolitik. Ich habe schon bei der Tarifdebatte darauf hingewiesen, daß zwischen einer vernünftigen Weltpolitik — und nur eine vernünftige Weltpolitik werden wir machen — und einer vernünftigen Heimatspolitik — denn wir werden auch nur eine vernünftige Heimatspolitik machen (Lachen bei den Sozialdemokraten) .... es giebt auch eine unvernünftige Heimatspolitik (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit), die werden wir aber nicht machen, und ich hoffe, die Mehrheit dieses hohen Hauses wird sie auch nicht machen wollen (Sehr gut! rechts) — also ich sage, zwischen einer vernünftigen Weltpolitik und einer vernünftigen Heimatspolitik besteht keinerlei Gegensatz. Uebrigens finde ich es pikant, daß gerade der Herr Abg. Bebel, der doch ein, ich will nicht sagen fanatischer, aber entschiedener Gegner der Weltpolitik ist, im Namen der Weltpolitik gegen unsere Heimatspolitik polemisiert. Wenn das der Herr Abg. Rickert oder Herr Barth thun würde, so würde ich es allenfalls verstehen, aber der Herr Abg. Bebel darf sich diesen Luxus nicht gestatten, das Roß der Weltpolitik darf er uns gegenüber nicht tummeln, es sei denn, daß er vorher für mindestens drei Flottenvorlagen gestimmt hat. (Heiterkeit.) — Weiter hat Herr Abg. Bebel gesagt, daß bei unseren Dreibund-Verbündeten Mißtrauen gegen uns bestünde. Ich möchte ihn bitten, mir zu sagen, worauf sich diese seine Ansicht gründet. Ich kann ihm versichern und ich spreche in diesem Augenblicke durchaus nicht als Diplomat in dem Sinne des Herrn Bebel, sondern mit voller Offenheit — ich bin viel ehrlicher, als er annimmt — also ich sage, daß bei unseren Verbündeten gar kein Mißtrauen gegen uns besteht. Ich habe gestern ein Telegramm erhalten, wonach mein verehrter Freund, der italienische Minister des Auswärtigen, Prinetti, unserem Botschafter gesagt hatte, in der Rede, die ich vor einigen Tagen hier über den Dreibund gehalten habe, wäre kein Wort enthalten, das er nicht unterschriebe, und wenn Herr Bebel einen Blick werfen will auf die Wiener Presse, wird er sich davon überzeugen, daß auch diese meine damaligen Ausführungen genau in derselben Weise beurteilt. Also ich kann ihn nur bitten, auch in dieser Beziehung, was unsere internationalen Verhältnisse angeht, sich nicht allzu viel Bären aufbinden zu lassen. (Heiterkeit rechts.) — Die weiteren Ausführungen des Herrn Bebel über den chinesischen Krieg waren mir doch wieder ein Beweis dafür, daß es in Deutschland im Gegensatz zu manchen anderen Ländern Politiker giebt, sogar hervorragende Politiker, ganze Parteien, die die Fragen der auswärtigen Politik beurteilen mehr vom Standpunkt ihrer subjektiven Empfindung, von ihrem Parteistandpunkt aus, von der mehr oder weniger, nach meiner Meinung gar nicht berechtigten Abneigung gegenüber der Regierung aus, als auf Grund des ruhig und klar verfolgten Staatsinteresses. Wenn der Herr Abg. Bebel im Sommer 1900 Minister des Aeußeren gewesen wäre, würde er es auch nicht geduldet haben, daß die Chinesen die Deutschen aus China vertreiben wollten, und ihre Häfen versperren wollten, die deutschen Waren in China nicht mehr hineinlassen wollten und er würde es als Minister namentlich nicht geduldet haben, daß die Chinesen unseren Gesandten, der übrigens in mutiger Weise gestorben ist, wie ein Soldat auf dem Schlachtfelde — er würde nicht die schmähliche Ermordung unseres Gesandten ruhig hingenommen haben und wenn er sie geduldet hätte, so würde das deutsche Volk ihn als Minister nicht lange geduldet haben. (Sehr gut! rechts.) Unsere Interessen in China waren und sind doch viel größer, als daß wir dieselben als quantité négligeable betrachten könnten, als daß wir dieselben bei der ersten auftauchenden Schwierigkeit kleinmütig hätten preisgeben können.

Im übrigen waren gerade diese Ausführungen des Herrn Abg. Bebel ein schlagender Beweis dafür, daß er mit seinen Freunden vom ersten bis zum letzten Tage in dieser Frage einen Standpunkt eingenommen hat, den die große Mehrheit des deutschen Volkes weder teilt, noch begreift. Ich möchte nur einmal erleben, wie es erst werden würde, wenn in Paris oder London ein Abgeordneter über die Politik des eigenen Landes und das eigene Heer so sprechen würde, wie der Abg. Bebel. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Geschieht ja!) Bei den Engländern und Franzosen giebt es sicher Leute, die es ganz gern sehen würden, wenn die Ansichten des Abg. Bebel über unsere Kolonialpolitik bei uns die herrschenden würden. Aber wenn es sich darum handeln würde, diese Ansichten geltend zu machen in England oder Frankreich, da würde es heißen, in Bauer, das ist ganz was anders. (Widerspruch bei den Soz.)

Herr Bebel hat dann auch gesprochen von Exzessen unserer Truppen. Ich darf es dem Herrn Kriegsminister überlassen, hierauf im einzelnen zu antworten. Nach meiner Ansicht kann doch darüber kein Zweifel bestehen, daß alles, was in der Presse gesagt worden ist über Grausamkeiten unserer Truppen, entweder maßlos übertrieben oder schlankweg erfunden war und daß namentlich auch die sogenannten Hunnenbriefe entweder Schauerphantasien oder bloße Renommage waren. Soweit die Hunnenbriefe nicht doch bestellte Arbeit waren, so schwebte über ihnen der Geist des seligen Münchhausen, der gewiß im Himmel seine Freude darüber gehabt hat. (Heiterkeit.) Alle authentischen Nachrichten stimmen darin überein, daß unsere Truppen sich wie immer so auch jetzt in China ausgezeichnet haben durch Bravour und Humanität und wie der französische, englische und italienische Kriegsminister seit langem erklärt haben, daß ihre Truppen sich nichts Unwürdiges hätten zu Schulden kommen lassen, so erkläre ich mit mindestens derselben Entschiedenheit dasselbe für die deutschen Soldaten. — Herr Bebel hat dann Bezug genommen auf eine Aeußerung des Bischofs über die voraussichtliche Weiterentwickelung der Dinge in China. Ich habe eine sehr hohe Meinung von Herrn Bischof Anzer, glaube aber doch, daß im vorliegenden Falle seine Anschauungen, falls er sie wirklich ausgesprochen hat, ein wenig pessimistisch waren. Jedenfalls sind gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse, wie wir sie vor einem Jahre erlebt haben, soweit Vorkehrungen getroffen als möglich waren im Hinblick auf die inneren chinesischen Verhältnisse und die ungeheure Ausdehnung Chinas. Ich glaube, daß die Ereignisse der letzten 1½ Jahre an der chinesischen Regierung und dem chinesischen Volk nicht spurlos vorübergegangen sind. Es ist ihnen in einer für sie recht empfindlichen Weise klargemacht worden, daß sie sich nicht ungestraft gegen die Europäer vergehen dürfen, und es ist kein Zweifel, daß, wenn es sich um die Bekämpfung der Barbarei handelt, die europäischen Mächte einig sind. Gewiß werden die chinesischen Behörden in der nächsten Zeit noch manche Kämpfe mit den Boxerhorden auszufechten haben, speziell im Norden Chinas wird es nicht an lokalen Unruhen fehlen. Die Ansicht unserer Vertreter in China geht aber doch überwiegend dahin, daß ähnliche Unruhen, wie die letzten, nach menschlicher Voraussicht in absehbarer Zeit in China nicht zu erwarten sind. Es ist eine alte Erfahrung, daß wenn orientalische Reiche in Berührung treten mit der europäischen Zivilisation, dies zunächst zu nationalen Wirtschaftskrisen führt; solche Krisen müssen überwunden werden wie eine Springflut. Es ist aber zu erwarten, daß die Erschließung Chinas für die europäische Kultur von jetzt ab ohne Störungen und Zwischenfälle verlaufen wird. Jedenfalls haben die Mächte in dieser Beziehung alle die Vorkehrungen getroffen, die im Bereich der Möglichkeit und Vernunft liegen. — Was wir in China erreichen wollen, darüber habe ich mich seiner Zeit wiederholt ausgesprochen und habe es dargelegt zum Beginn der chinesischen Aktion in meinem Rundschreiben an die Regierungen. Sie werden zugeben, daß dieses Programm in allen wesentlichen Punkten erreicht worden ist. Deutschland hat seine Stellung im fernen Osten als große Weltmacht gesichert, wir haben uns friedlich, maßvoll und besonnen gezeigt, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn wir andere Rechte achten, wir auch unsere Rechte geachtet wissen wollen. Unsere Position in Schantung ist behauptet und gefestigt. Deutschland geht aus den Chinawirren mit ungeschwächten Kräften und mit vollen Ehren hervor.

Nun hat Herr Bebel auch Bezug genommen auf die Haltung unserer Truppen im deutsch-französischen Kriege. Wir alle wissen, **daß es nie einen Krieg gegeben hat, in dem nicht Ausschreitungen vorgekommen sind. Die Frage ist**

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020113/7
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

aber die, ob nicht im deutsch-französischen Kriege unser Heer, was Menschlichkeit angeht, in allererster Linie gestanden hat. (Sehr richtig! rechts.) Diese Frage bejahe ich auf das allerentschiedenste. (Lebhafter Beifall rechts.) Weiter werde ich auf die Anfrage des Abg. Bebel nicht antworten. Wenn unser Heer vom Auslande her angegriffen wird, so werde ich stets dagegen Front machen. Aber wenn solche Angriffe von der Tribüne dieses hohen Hauses aus deutschem Munde gegen das Verhalten deutscher Krieger in den Jahren 1870—71 gerichtet werden, so überlasse ich das Urteil darüber dem deutschen Volk und der öffentlichen Meinung. (Lebhafter Beifall rechts.)

Preußischer Kriegsminister v. Goßler: Es ist unfruchtbar, dem Abg. Bebel den Charakter des Krieges klar zu machen. Die Boxer haben mehr als 30 000 chinesische Christen getötet, die katholischen Missionare haben wahre Heldenthaten im Kampfe mit den Boxern vollbracht. Abg. Bebel hat mir selbst geraten, die „Hunnenbriefe" vor Gericht zu bringen. Ich habe daraufhin gehofft, es würde vor Gericht die Aufklärung der Thatsachen [illegible]. Abg. Bebel hat aber vor Gericht angegeben, er hätte den Namen des betreffenden Briefschreibers vergessen (Hört, hört! rechts), und er könne ihn jetzt nicht nennen. Das ist der Wortlaut seiner Aussage. (Abg. Bebel ruft: Das ist der Wortlaut nicht!) Für die Echtheit der Hunnenbriefe ist nirgends ein Beweis erbracht. Ich habe Beweise für beide Sorten dieser Briefe, die in Europa und die in China fabrizierten Lügenbriefe. Der Absender eines Briefes, den ich in Händen habe, stammt aus Genf; der Brief ist in Luzern zur Post gegeben. Die Adressen waren nach Zürich und Basel bestimmt. Eine in der Schweiz verbreitete Flugschrift mit der Ueberschrift „Bebels Meineid und die Hunnenbriefe" ist unterzeichnet: „Luzern, den 24. Dezember 1901. N. J. G. Schumann." (Wiederholte laute Zurufe bei den Sozialdemokraten: Der Brinkel Normann-Schumann!) Ich kenne diesen Normann-Schumann nicht persönlich, würde aber Herrn Bebel raten, auf Grund der in dieser Schrift enthaltenen sehr gravierenden Ausdrücke gegen diese Persönlichkeit in der Schweiz zu klagen. In allen Fällen, wo die Existenz von Beutestücken hier im Lande bekannt worden ist, ist sofort recherchiert worden. Bei einem Marinesoldaten wurde eine Uhr gefunden, deren Wert zuerst von einem angeblichen Sachverständigen auf 2—3000 M. geschätzt wurde, schließlich ergab sich aber, daß ein Liebhaber höchstens 30 M. dafür geben kann. Es ist eine Uhr, die nicht geht. (Heiterkeit rechts.) — Ich verstehe nicht, wie Abg. Bebel bezüglich der Pekinger Instrumente das Militärinteresse(?) [illegible] konnte. Der Feldmarschall hat den Befehl gegeben, daß, um die Kriegskosten einigermaßen zu decken, Staatseigentum mit Beschlag belegt werden solle. (Abg. Singer: Das nennt man plündern!) Sobald die Regierung die Beschlagnahme der Pekinger Instrumente erfuhr, hat sie der chinesischen Regierung angeboten, die Instrumente zurückzunehmen. (Zurufe b. d. Soz.) Die chinesische Regierung hat das abgelehnt.

Weiter hat Abg. Bebel den Fall des Frhr. v. Feilitzsch hier besprochen. (Wiederholte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Präs. Graf Ballestrem: Der Herr Abg. Bebel ist nicht unterbrochen worden, die Höflichkeit und Ordnung erfordert es, daß die Herren auch den Herrn Kriegsminister nicht unterbrechen. (Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Goßler (fortfahrend): Die Vorwürfe gegen den Hauptmann v. Feilitzsch bezüglich seines Mutes und seiner Kriegstüchtigkeit entbehren jeden Grundes. Am 13. März 1901 wurde in der Münchner Post der Brief eines Chinakämpfers veröffentlicht, in welchem über schlechte Behandlung bei der Kompagnie des Hauptmanns v. Feilitzsch geklagt worden ist. Seitens des Kommandos des Expeditionskorps wurde daraufhin eine Untersuchung eingeleitet. Es hat sich nun ergeben, daß in einzelnen Fällen ziemlich derbe Worte von dem Hauptmann gebraucht worden sind. Diese Worte sind zum Teil sehr [illegible] Art. (Große Heiterkeit.) In einzelnen Fällen hat der Hauptmann die Leute etwas geknufft. Beides ist aber nur da vorgekommen, wo besonders schwere Verfehlungen der Leute vorlagen. Trotzdem mußte natürlich gegen den Hauptmann v. Feilitzsch durch ein kriegsgerichtliches Urteil erkannt werden. (Abg. Bebel ruft: Na!) Wenn Herr Bebel das Strafgesetzbuch kennen würde, würde ihm dies nichts Neues sein. Auf Grund der Vorgänge, die der Kaiser selbst geprüft hat, hat er den Hauptmann v. Feilitzsch in seine Armee berufen, und wir sind der Ueberzeugung, daß er ein treffliches Mitglied unserer Armee sein wird. (Beifall rechts.)

Bayrischer Generalmajor v. Endres: Herr v. Feilitzsch hat niemals das Ersuchen gestellt, wieder in die bayrische Armee aufgenommen zu werden. Wenn der bayrische und der preußische Kriegsminister etwas zu verhandeln haben, geschieht das auf einem andern Wege, als durch die Augsburger Abendzeitung, wie Herr Bebel meint. Gegen Herrn v. Feilitzsch ist eine sehr schwere Strafe verhängt worden; unser Herr Minister hat die Sache sehr streng angesehen. Die Einstellung in die preußische Armee sollte beweisen, daß für diese schwere Strafe eine gewisse Remedur eintrat. Von jenem Freunde wurde die Sache nicht so sehr streng angesehen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen vertagt das Haus die Weiterberatung.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Stadt-Chronik.

Unternehmerdank. Wenn der Arbeiter alt, deshalb schwächer geworden, und nicht mehr so leistungsfähig ist, wie in jungen Jahren, wird er von den Unternehmern aufs Pflaster geworfen, wie man eine ausgepreßte Citrone wegwirft. Man fragt da gar nicht danach, ob der Arbeiter sich durch langjährige Dienste eigentlich ein Anrecht auf eine wohlwollendere Behandlung erworben hat. Ein drastischer Fall solchen Unternehmerdanks wird uns durch einen Brief bekannt, den die Frau eines alten, entlassenen Tischlers an ihre Verwandten in Dresden vor etlichen Tagen schrieb. Der Fall selbst spielte in Reichenbach i. V. und wurde schon einmal in der Chemnitzer Volksstimme erwähnt. In dem Briefe heißt es:

„Es war am 18. Oktober, wo mein jetziger Mann von der Firma J. G. Braun, wo er 30 Jahre ohne eine Krankheit thätig war, gekündigt wurde, mit dem Bemerken, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen. Er sagte, er bekomme keine Arbeit mehr, und gab nichts auf die Kündigung. Da wurde ihm nach 14 Tagen ein Kündigungsschein ausgehändigt. Als mein Mann Herrn Braun vorstellte, er bekomme keine Arbeit mehr, er sei zu alt, antwortete dieser, er solle sich nur umsehen, es gäbe genug Arbeit, seine Fabrik wäre keine Altersversorgungsanstalt; er — B. — hätte keine Arbeit mehr für ihn, denn er könne die Arbeit nicht mehr leisten, die er vor 15 bis 20 Jahren geleistet habe. Als ich nun selbst zu Braun ging, antwortete er, mein Mann solle mit Pöllingen(?) hantieren gehen, und ich solle bei Herrschaften die häuslichen Arbeiten verrichten."

Das ist also das Ergebnis 30jähriger, harter, ununterbrochener Arbeit für den Arbeiter, der seine Kräfte dabei verlor — für den Unternehmer wird das Fazit anders sein, er wird zufrieden sein können mit dem Arbeiter, den ihm diese Arbeitskraft in einem Menschenalter [illegible]. Doch nur keine Sentimentalität. Der Arbeiter ist nicht mehr brauchbar — mag er mit Pöllingen(?) handeln, dazu taugt er ja allenfalls noch ... Der alte Arbeiter suchte viele Wochen lang Arbeit — vergeblich; er ging auch nicht unter die Pöllingenhändler(?), sondern ging ein, und — erhängte sich daheim an der Thürklinke. Dreißig Jahre Schinderei und Würgerei für andere, und dann der Strick — eine hübsche Perspektive für einen Arbeiter.

Zugeständnisse. Die Dresdner Nachrichten bequemen sich in ihrer Sonntagsnummer dazu, die Polemik des Abgeordneten Dr. Oertel gegen unseren Genossen Fabetum(?) bei Gelegenheit der Etatdebatte im Reichstage abzudrucken; wir hatten schon in der Sonnabendnummer darauf aufmerksam gemacht, wie sie zuerst verfahren hatten, in ihrem geradezu beschämend jämmerlichen sogenannten „Parlamentsbericht" mit Oertels unbedingter und [illegible] Verurteilung der Persönlichkeit [illegible]. Das ist ihnen nun verleidet worden und so versuchen sie denn, auf andere Weise Seide zu spinnen. Dabei geht es nicht ohne höchst ergötzliche Zugeständnisse ab. In einer verlegenen Rederei über die Schwierigkeiten eines substanziierten Angriffs auf faule Gründer und ihre zweifelhafte Geschäfte sagen sie:

„Wie oft versagen unter dem Eide Zeugen mehr oder weniger gänzlich oder reduzieren vor Gericht ihre Aussagen auf ein wertloses Minimum, obwohl sie vorher die Wahrheit ihrer Mitteilungen auf das bestimmteste und oft in recht großsprecherischer Weise beteuert haben. Wenn aber für einen Wahrheitsbeweis auch nur das geringste schuldig geblieben wird, sieht sich die betreffende Zeitung, wie Hunderte von Beispielen beweisen, den schwersten gerichtlichen Ahndungen aus. Ja, es sind Beispiele vorgekommen, wo die Verbreiter von warnenden Gerüchten über geschäftliche Unternehmungen zu hohen Strafen verurteilt worden sind und kurze Zeit, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist, haben sich die Warnungen durch den Zusammenbruch des fraglichen Unternehmens als begründet erwiesen."

Schade, daß den Nachrichten die Erkenntnis von den Schwierigkeiten eines gerichtlichen Wahrheitsbeweises immer erst dann aufdämmert, wenn es sich um sie selbst handelt; sonst wissen sie sich gewöhnlich vor Schadenfreude nicht zu halten, wenn anderen einmal ein schwieriger Wahrheitsbeweis mißglückt.

Das Blatt läßt von seiner feigen und ekelhaft denunziatorischen Weise der Polemik natürlich auch jetzt nicht ab. Eine Erwiderung aber können wir uns um so eher sparen, als der Verfertiger jener Schmiererei ein kümmerlicher Schmock ist, der sogar noch mit den Regeln der Grammatik („unseres Wissens nach" schreibt der Mensch!) auf gespanntem Fuße steht.

Ueber Gesundheitspflege und Sittlichkeit hielt Professor Dr. med. Flesch aus Frankfurt a. M. am Sonnabend abend in Meinholds großem Saale einen Vortrag. Die Versammlung, die veranstaltet war vom Rechtsschutzverein für Frauen und dem Dresdner Zweigverein der Internationalen Föderation zur Bekämpfung der reglementierten Prostitution, war namentlich von bürgerlichen und Arbeiterfrauen sehr zahlreich besucht. Professor Flesch führte unter anderem folgendes aus: Der Staat glaubt die gesundheitliche Schädigung durch die Prostitution mittels polizeilicher und ärztlicher Ueberwachung vermeiden zu können. Diese Anschauung ist aber veraltet. Auf diesem Standpunkt stand die ärztliche Wissenschaft vor 30 Jahren. Heute ist auf Grund eingehender Forschungen ein völliger Umschwung eingetreten. Der Staat aber beharrt konservativ im alten Geleise. Der Erfolg der polizeiärztlichen Reglementierung entspricht in keiner Weise dem von ihr beanspruchten großen Aufwand von Zeit und Geldopfern. Eigentlich sollten Gesundheitspflege und Sittlichkeit mit einander im Einklang stehen. Leider ist das nicht der Fall. Die Regulierung des Geschlechtslebens erfolgt nicht in der Einehe, der gesetzlichen Form, allein, sondern auch in der Prostitution. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß für die jungen Männer des Bürgertums die Eingehung der Ehe dann nicht möglich ist, wenn die Natur sie verlangt und wenn für die Fortpflanzung die günstigsten Bedingungen vorhanden sind. Statt in den zwanziger Jahren erfolgt die Heirat des Bürgers meistens erst in den dreißiger Jahren. Diese Thatsache bedarf einer Korrektur. Heute allerdings, wo die Ehe nicht nur der Fortpflanzung, sondern auch der Kindererziehung dient, wird eine Aenderung kaum zu erreichen sein. Heute dürfen wir die freie Liebe nur als letztes Ziel anstreben.

Die Prostitution hat zwei Formen: Männerprostitution (Geldheirat) und Frauenprostitution (eigentliche Prostitution). Die letztere Form ist eine Quelle zahlreicher Erkrankungen. 80 Proz. aller Männer machen im Verlaufe ihres Lebens irgend eine Form von Geschlechtskrankheiten durch. Ein Viertel aller Frauen gebären außerehelich. Die Abnahme der französischen Bevölkerung erfolgt nicht durch das Zweikindersystem, sondern durch zunehmende Unfruchtbarkeit der Frauen infolge Umsichgreifens des Trippers. Von der Syphilis werden nur 15—18 Proz. aller Männer getroffen, von dem Tripper 80 Proz. Die Syphilis überträgt sich auf die Kinder, die dann zur Skrofulose und englischen Krankheit neigen. Die Mehrzahl der Rückenmarksleiden ist auf Syphilis zurückzuführen. Der Tripper galt früher als eine unschuldige und harmlose Krankheit. Es hat sich aber herausgestellt, daß er ein sehr schweres Leiden ist. Man erkannte, daß der Tripper die Ursache vieler Erkrankungen, wie Gelenkrheumatismus, Herzklappenschwund und Gehirnentzündung ist. Die Augen der Neugeborenen von tripperkranken Müttern erblinden oft.

Die Mehrzahl aller Frauenleiden ist auf Tripper zurückzuführen. Mehr als 60 Proz. der unfruchtbaren Frauen sind von ihren Männern angesteckt worden. Nur zwei Prozent dieser Frauen vermögen nach jahrelanger Krankenbehandlung Kinder auszutragen. In welches Siechtum eine Frau aus begüterten Kreisen durch Tripper verfällt, schildert Zola in Pot bouille (madame Campardon). Viel schlimmer sind die Qualen der Arbeiterfrauen, die trotz ihres Leidens arbeiten müssen. In der Dresdner städtischen Entbindungsanstalt sind 10 Proz. der Wöchnerinnen mit nachweisbarem Tripper behaftet. Demnach stellt der Tripper eine viel schwerere volkswirtschaftliche Schädigung als die Syphilis dar. Die Behandlung der Prostituierten hat deshalb auszugehen von der Vermutung des Trippers und nicht der Syphilis. Durch die Reglementierung der Prostitution wird der Ausbreitung der Krankheit nicht vorgebeugt. Die Prostituierten verstehen es, dem kontrollierenden Arzt ihre Krankheit zu verheimlichen. Und wenn man sie wirklich ins Spital aufnimmt, vermag man sie nicht zu heilen. Das Hineinstecken in die Spitäler ist aber eine schwere Verletzung der persönlichen Freiheit, ohne daß es etwas nützt. In der Bekämpfung der Prostitution und des Trippers könnte mehr geschehen, wenn wir die heutige Staatsform nicht als etwas unabänderliches betrachteten.

Wie verhält sich denn der Staat in anderen Krankheiten? Die Tollwut bekämpft er mit dem Maulkorbzwang, die Pocken durch Impfung usw. Der Prostitution gegenüber beschränkt sich der Staat auf die völlig zwecklose Reglementierung. Um die Prostitution zu bekämpfen, muß alles vermieden werden, was die Intensität des Geschlechtstriebes zu steigern geeignet ist. Man muß die Schulung(?) der Geschlechter in den Schulen beseitigen. In Karlsruhe hat man ja auch jetzt die Gymnasien den Mädchen geöffnet. Ferner muß die Ueberfüllung der Wohnungen verboten und der Alkoholismus bekämpft werden. Die meisten Ansteckungen erfolgen im Rausch. Auch die Sklaverei des Dienstbotenwesens muß reformiert werden. Die Erklärung des Geschlechtsproblems hat in der Schule und zwar bereits im 13. Jahre des Schülers zu erfolgen.

In der Diskussion traten einige Meinungsverschiedenheiten zu Tage. Die Vorsitzende, Frau Scheven, meinte, daß die Einehe die ideale Form des Geschlechtsverkehrs bleiben müsse. Von der freien Liebe wollte sie nichts wissen. Frau Müller äußerte, die meisten Mütter könnten ihre Kinder über solche Dinge nicht aufklären, weil sie selbst davon nichts wüßten. Sie erführen nicht einmal, daß der Mann sie geschlechtskrank gemacht habe. Um das Familienleben nicht zu ruinieren, sage ihnen der Hausarzt, sie seien nervenleidend. Journalist Lebius wies darauf hin, daß die Prostitution nur überwunden werden könne, wenn die wirtschaftliche Stellung der Frauen so gehoben werde, wie der Sozialismus es anstrebe. Die Empfehlung der Enthaltsamkeit als Allheilmittel gegen die Prostitution sei eine Illusion. Frau Friedemann-Berlin empfahl, in den Frauenvereinen öfters solche Vorträge halten zu lassen, um die Frauen endlich aufzuklären. Dr. Scheven erklärte das frühzeitige Heiraten der deutschen Arbeiter für ein bedeutendes Verdienst. Frau Stritt teilte auf Grund ihrer Erfahrungen im Rechtsschutzverein mit, daß die Prostituierten von mehr Verheirateten als Unverheirateten besucht würden. Die Frage der Uebervölkerung sei nur von der Frau zu lösen. Frau Müller empfahl, die jungen Leute sollten zur Betäubung ihres Geschlechtstriebes dem Sport huldigen. Frau Scheven bekämpfte sehr nachdrücklich die Lebius'sche Aeußerung, daß die Enthaltsamkeit ungesund sei, indem sie eine große Zahl entgegengesetzt lautender ärztlicher Gutachten verlas.

In seinem Schlußwort wies Prof. Flesch darauf hin, daß die Aufhebung der Reglementierung der Prostitution in den englischen Garnisonstädten keine Zunahme der geschlechtlichen Erkrankungen verursacht habe.

Achtung, Steinarbeiter! Wir werden ersucht, mitzuteilen, daß heute vormittag 21 Steinmetzen auf dem Werkplatz der Firma Hübner am Tanberg(?) die Arbeit niederlegten. Grund Arbeits- und Lohndifferenzen. Herr Hübner hat sich angeblich in keiner Weise auf eine Verständigung eingelassen.

Achtung Tischler! Lohnabzüge bis zu 33 Proz. hat die Tischfabrik Winkler in Finsterwalde, wie von dort gemeldet wird, vorgenommen. Die Firma versucht, sich Leute zu erhalten. Es ist wohl zu erwarten, daß sich keine Lohndrücker hier finden.

Tugendhafte Zensur. Im Anzeigenteil unseres nächtlichen Amtsblatts herrscht eine strenge Zensur, wovon die Inserenten ein Liedchen zu singen wissen. Spaßhaft ist, was alles dem Blaustift des Zensors verfällt. Die Ankündigung des Vortrages von Prof. Flesch war u. a. unterzeichnet vom Dresdner Zweigverein der Internationalen Föderation zur Bekämpfung der reglementierten Prostitution. Hieran nahm der offenbar sittlich zart besaitete Zensor Anstoß und strich die gesperrten Worte, so daß als Unterschrift nur verblieb: Dresdner Zweigverein der Internationalen Föderation.

Der Mann würde sich zum Theaterzensor eignen!

Der Wirt des Restaurants Eichenhof in Trachenberge, Zimmermann, hat sich in der Nacht zum Sonnabend auf dem Boden seines Etablissements erhängt. Der Grund soll in finanziellen Schwierigkeiten, in die Zimmermann geraten ist, zu suchen sein.

Schweres Brandunglück. Heute vormittag gegen 10 Uhr brach in dem Hause Schreibergasse Nr. 11 im Hinterhause drei Treppen auf noch unaufgeklärte Weise in einer Wohnung Feuer aus. In der Wohnung scheinen drei Kinder allein, bezw. eingeschlossen gewesen zu sein, und durch sie scheint das Feuer ausgekommen zu sein. Die drei Kinder mußten mit dem Unfallwagen nach dem Krankenhaus gebracht werden, da sie Brandwunden erlitten haben. Auch an Mobiliar usw. hat das Feuer Schaden angerichtet. Die Feuerwehr hatte etwa eine Stunde zu thun. Der Vorgang hatte große Erregung hervorgerufen.

Die Dresdner Lesegesellschaft Museum beschloß bekanntlich am 6. November in einer außerordentlichen Generalversammlung die Liquidation der Gesellschaft zum 1. Januar 1902. An diesem Tage wurden die Zimmer des Klubs aber nicht geschlossen. Vorläufig wird das Institut noch unter nomineller Firma des Sekretärs der Gesellschaft bis 1. April fortgeführt werden, weil Hoffnung vorhanden ist, die Gesellschaft von Grund aus zu sanieren. Am Tage nach der außerordentlichen Generalversammlung am 7. November fand nämlich eine Besprechung der Gesellschafter statt, die ein neu zu begründendes Leseinstitut zum Gegenstande hatte. Die lebhafte Diskussion ließ allseitig den Wunsch erkennen, das Lesemuseum in irgend einer Weise fortzuführen oder neu erstehen zu lassen. Nach längerer Aussprache erklärte Kommerzienrat Lingner, der bekannte Odol-Fabrikant, daß er bereit sei, ein Lesemuseum in mindestens demselben Umfange, wenn auch unter einigermaßen veränderter Form am 1. April 1902 ins Leben zu rufen. Wie verlautet, wird der genannte Herr dem Lesemuseum ein Klubhaus schenken und eine jährliche Unterstützung von 3000 M. zahlen. Eine Gruppe weiterer Gönner des Instituts soll geneigt sein, jährlich 4000 M. aufzubringen. Diese Kapitalzuwendung dürfte ermöglichen, den Preis der Mitgliedskarten etwas zu ermäßigen und vielleicht auch den Preis der Tageskarten herabzusetzen. Daß das Lesemuseum, das eine Sehenswürdigkeit der sächsischen Hauptstadt ist, bestehen bleibt, wird allenthalben Genugthuung hervorrufen.

Unterricht für Maschinisten und Heizer. Die hiesige königliche Gewerbe-Inspektion beabsichtigt, an zwölf aufeinander folgenden Abenden einen Unterrichtskursus für Heizer und Maschinisten abzuhalten. Der Unterricht beginnt Montag den 20. d. M. abends 8 Uhr und wird in der königlichen Kunstgewerbeschule am Antonsplatze abgehalten. Zutrittskarten (zu 5 M.) sind beim Hausmeister der genannten Anstalt, Herrn Jacob, zu entnehmen.

Feuer. Sonnabend nachmittag in der 5. Stunde brach in einem Schlachthaus, Brühlsche Gasse 6, ein Decken- und Balkenbrand aus, der indessen von der herbeigerufenen Feuerwehr in kurzer Zeit erstickt werden konnte. — Freitag abend kurz nach 8 Uhr entstand auf noch unaufgeklärte Weise in einer Schlafkammer im Seitengebäude des Grundstücks Friedrichstraße 18 ein Brand, der eine größere Menge Kleidungsstücke vernichtete. In der Kammer schlafende Kinder waren von dem Wohnungsinhaber noch rechtzeitig ins Freie gebracht, und der an sich nur unbedeutende, aber viel Rauch verursachende Brand von Hausbewohnern gelöscht worden. Die Feuerwehr brauchte nicht mehr einzugreifen. — Ein anderer Brand brach nachts nach 12 Uhr im Verkaufsladen des Warenhauses von Herzfeld aus. Durch ein unmittelbar an einem Balken liegendes Dampfrohr war der Balken und Fußboden in Brand gesetzt und dann von den Flammen ein Regal und eine größere Menge Waren ergriffen worden. Die Feuerwehr mußte sich gewaltsam Zugang nach der Brandstelle verschaffen, vermochte aber dann mit Hilfe einer Schlauchleitung vom Straßenhydranten die Gefahr in kurzer Zeit zu beseitigen. Die Aufräumungsarbeiten erforderten indessen noch eine längere Thätigkeit der Feuerwehr. Außer dem durch das Feuer verursachten Schaden dürfte auch Schaden durch den starken Rauch an verschiedenen Waren entstanden sein.

Vermischte Nachrichten. Die Bevölkerungszahl von Dresden mit Albertstadt wird für 1. Januar 1902 auf 409 725 geschätzt. — Unfälle. Sonnabend nachmittag kurz vor 2 Uhr versuchte ein auf der Kleinen Plauenschen Gasse wohnhafter Mann auf der Annenstraße von einem Straßenbahnwagen der Arsenal-Linie während der Fahrt abzuspringen, blieb aber hängen und wurde etwa 3 bis 4 Meter weit fortgeschleift. Größere Verwundungen waren an seinem Körper nicht wahrzunehmen, doch hatte der Verunglückte allem Anscheine nach schwere innerliche Verletzungen erlitten. Er wurde in seine Wohnung gebracht. — Vor einem Schaufenster an der Prager Straße standen mehrere Damen, im Anblick der in dem Fenster ausgebreiteten Herrlichkeiten versunken. Eine der Damen kam nun mit einer plötzlichen heftigen Bewegung dem Gesicht eines Herrn zu nahe; die aus dem Rembrandthute weit hervorstehende Nadel fuhr dem Betreffenden dabei ins Auge. Der Verletzte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. — Kohleneingang. Nach den Mitteilungen des Sekretariats der hiesigen Handels- und Gewerbekammer gingen in Dresden im Jahre 1901 371 551 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) Steinkohlen (auch Koks, Anthracit und Briketts) und 645 139 Tonnen Braunkohlen (auch Briketts) ein. Vom gesamten Kohleneingang sind im Zwischenhandel 2489 Tonnen Stein- und 178 Tonnen Braunkohlen wieder versendet worden.

Versammlungskalender für Dienstag.

Sozialdemokratischer Verein Pieschen. Abends 9 Uhr Versammlung im Restaurant zur Börse.

Lagerhalter. Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Barbiere und Friseure. Abends 9 Uhr Versammlung in Seifs Gasthaus, kleine Brüdergasse.

Holzarbeiter. Abends 9 Uhr Versammlungen im Trianon, Schützenplatz, in Adams Restaurant, Kaulbachstraße 16, und Mickels Restaurant, Schönbrunnstraße 1.

Zimmerer. Abends ½9 Uhr Versammlung im Trianon.

Gewerkschaftskartell Mügeln und Umg. Abends ½9 Uhr Sitzung in der Goldenen Krone, Schachwitz(?).

Quittung. Für die ausgesperrten Glasarbeiter gingen beim Gewerkschaftskartell im Plauenschen Grunde ein: Langner 1,—, Arbeiter der Fabrik Israel 13,35. Porzellanarbeiter Potschappel 16,—. — Für die Tabakarbeiter gingen ein: Holzarbeiter Rabenau 17,35. Schneider Plauenscher Grund 3,15. Mühling 3,70.

Quittung. Für die ausgesperrten Glasarbeiter gingen beim Dresdner Gewerkschaftskartell ein: Porzellanarbeiter 10,—, Hutarbeiter fünfte Rate 50,—, Schuhmacher 10,—, Steinsetzer 10,—. — Für die ausgesperrten Tabakarbeiter: Gewerkschaftskartell Mügeln 11,65. Gewerksch. der Schuhmacher 11,96.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020113/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG